

Bezugspreis: Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2, — Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschl. u. Danzig, Saar- und Rheinl. Gebiet, Österreich, Litauen, Luxemburg 4,50 Goldmark, für das übrige Ausland 5,50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Gedanken und Meinungen“ sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Kernsprecher: Redaktion: Dönhoff 292-295 Verlag: Dönhoff 2506-2507

Freitag, den 22. August 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Verlagskonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Droschkens-Gesellschaft, Depotkassette Lindenstraße 3

Fort mit diesem Inflations-Reichstag!

Die Deutschnationalen für Ablehnung / Neuwahlen voraussichtlich 21. September.

Der Reichsrat hat gestern die Beschlüsse zum Londoner Vertrag mit mehr als Zweidrittelmehrheit angenommen. Der Reichstag wird, wie es scheint, seinem Beispiel nicht folgen. Denn die deutschnationale Reichstagsfraktion, bei der die Entscheidung steht, hat nach ihrer gestrigen Sitzung folgende parteiöffentliche Erklärung herausgebracht:

Die deutschnationale Reichstagsfraktion, verstärkt durch zahlreiche Mitglieder der preussischen Landtagsfraktion, nahm am Donnerstag einen eingehenden Bericht des Parteivorstandes entgegen. Sie sprach zu der bisherigen Haltung der Parteileitung, insbesondere zu der Veröffentlichung vom 15. August 1924 einmütig ihre Zustimmung aus. Sie stellte ferner einmütig fest, daß sie nach wie vor auf dem in ihren Lieben Punkten und in der Rede des Abgeordneten Hoersch vom 26. Juli festgelegten Standpunkt beharrt. Sie ist sich dabei ihrer Verantwortung voll bewußt und ist überzeugt, daß sie mit dieser Haltung den Interessen und der Stimmung ihrer Parteifreunde in den besetzten Gebieten entspricht.

Diese Erklärung ist im Kern ebenso klar, wie sie in der Form gewunden und gequält ist. Die Veröffentlichung vom 15. August hatte sich in schärfster Form für die Ablehnung ausgesprochen. Wenn die Fraktion diese Veröffentlichung billigt, so legt sie sich damit auf die Ablehnung fest. Diese Festlegung wird geradezu zu einer Festnagelung durch die Erwähnung der berühmten sieben Punkte, an deren restlose Erfüllung durch die Londoner Konferenz von vornherein kein vernünftiger Mensch glauben konnte.

Die Deutschnationalen haben durch ihren Beschluß vom 21. August sich selber und damit auch dem Reichstag der Inflation das Urteil gesprochen. Der Reichstag hat jetzt, nach Kassierung der oberösterreichischen Wahlen, 466 Mitglieder, zur Zweidrittelmehrheit gehören 311. Für die Beschlüsse dürften außer den 100 Sozialdemokraten stimmen: 62 Zeitungsleute, 44 Volksparteiler, 28 Demokraten, 16 Bayerische Volksparteiler, 15 Wirtschaftsparteiler, zusammen 265, dagegen 105 Deutschnationale, 80 Kommunisten, 32 Böllische und 4 Deutschozialisten, zusammen 201. Mit diesem Reichstag läßt sich der Londoner Vertrag nicht durchführen!

Zur gleichen Zeit mit der deutschnationalen Fraktion tagte der sozialdemokratische Fraktionsvorstand. Er war einmütig der Meinung, daß dieser Reichstag, so oder so, der Auslösung verfallen müsse. Die Frage, ob man durch Neuwahlen oder durch Volksentscheid rascher und gründlicher zum Ziel komme, wurde als eine mehr technische betrachtet. Auf keinen Fall aber kann davon die Rede sein, daß der Volksentscheid als Ersatz für die notwendigen Neuwahlen zur Anwendung gebracht werden dürfte.

Ein Volksentscheid läßt sich nur dann rasch herbeiführen, wenn der Reichstag für diesen besonderen Fall eine Abkürzung der vorgesehenen Fristen beschließt. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion dürfte unzeres Erachtens zur Herbeiführung eines solchen Beschlusses ihre Hand gar nicht bieten, wenn keine Gewähr dafür gegeben wäre, daß der Spezialentscheidung über den Londoner Vertrag die Generalabrechnung mit den witzlichen Volksverrättern unmittelbar auf dem Fuße folgen wird.

Wir möchten noch einen Schritt weiter gehen und sagen: Selbst wenn die Deutschnationalen noch in allerletzter Stunde die Vorhülle der Weisheit besseren Teil erwählen und durch irgendein parlamentarisches Mandat das Zustandekommen der Zweidrittelmehrheit ermöglichen würden, auch dann wäre die Auflösung unbedingt notwendig. Denn das Fortbestehen dieses Reichstags nach einer mit Ach und Krach zustande gebrachten positiven Entscheidung bliebe eine dauernde Gefahr. Es handelt sich nicht nur darum, den Londoner Vertrag anzunehmen, sondern auch darum, eine Politik der Vertragstreue zu treiben. Kann man das mit einem Reichstag, dem die durch und durch unehrliche Schiebung und Schaukelpolitik der Deutschnationalen das Gepräge aufdrückt?

Der nächste Reichstag wird eine Zweidrittelmehrheit für die Dawes-Beschlüsse haben, wenn es gelingt, den Deutschnationalen, Kommunisten und Böllischen zusammen etwa 46 Mandate abzunehmen. Das muß und wird gelingen.

Die Parteien, die jetzt diese Beschlüsse ablehnen wollen, übernehmen damit vor dem Volk eine Verantwortung, die sie erdrückt wird. Sie stellen durch ihr frevelhaftes Treiben alle Ergebnisse von London in Frage: die Räumung der besetzten Gebiete, das Aufheben der Ricom-Lasten, der Zollbeschlagnahme, der Eisenbahnregie, die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftseinheit, die Wiederbelebend der deutschen Wirtschaft. Was haben sie für diese Schäden, die sie ihm bewußt und absichtlich zufügen, dem Volk zu bieten? Nichts als einen Saft leerer Redensarten, mit dem das Volk sie heimzujagen wird!

Ja, es wird dann gelten, Gericht zu halten über diese Verbrecher am deutschen Volk! Die Wähler werden Gelegenheit erhalten, ihr Urteil zu revidieren über diese Hanswürste des Revanchekrieges und der bolschewistischen Weltrevolution! Das Wort wird sich bewahrheiten, daß adas allgemeine Wahlrecht wie die Banze des Achill ist, daß es die Wunden heilt, die es schlägt!

Aus den Massen selbst heraus wird der Ruf kommen: „Wir dulden diesen Reichstag nicht mehr!“ Die Ungezählten, bald zu zählenden, die sich am 4. Mai noch von völkisch-nationalen oder kommunistischen Redensarten betören ließen und denen jetzt die Augen aufgegangen sind, haben ein Recht zu verlangen, daß ihnen Gelegenheit gegeben wird, ihren Fehler wieder gutzumachen. Sie hatten, gequält vom Druck der Inflation, mehr einer augenblicklichen Verzweiflung als der Ueberlegung folgend, geglaubt, daß die Reichstagswahlen nichts anderes seien als eine Gelegenheit zu Ausbrüchen eines unklaren Gefühls. Jetzt aber bläst der rauhe Wind der Wirklichkeit alle Phrasennebel fort. Jetzt gilt es, eine Entscheidung in einer praktischen Frage von schicksalshafter Bedeutung zu fällen, und man sieht klar, wie sich die Parteien zu ihr stellen.

Deutschnationale, Kommunisten und Böllische, einzig in der Verneinung, ihre Kräfte gegenseitig aufhebend in ihrer positiven Zielsetzung, müssen im Reichstag zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt werden, wenn praktische Arbeit für das Volk, vor allem für seine arbeitenden Massen, möglich werden soll.

Darum, schafft freie Bahn! Fort mit diesem Inflations-Reichstag!

Esa gibt über die Sitzung der Deutschnationalen folgenden Bericht aus:

In der Fraktionsitzung der Deutschnationalen Volkspartei hat Abg. Hergt über die durch die Londoner Konferenz und ihr Ergebnis geschaffene Lage berichtet. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, stellte Hergt fest, daß die Deutschnationale Fraktion trotz der Schwierigkeiten, die eine Ablehnung im Gefolge haben müßte auf Grund ihrer bisherigen Haltung gezwungen sei, dem Londoner Abkommen ein „Nein“ entgegen zu setzen.

In der Aussprache, die sich, wie von deutschnationaler Seite versichert wird, ganz der Ansicht Hergts anpaßte, wurde verschiedentlich betont, daß die Lage ganz anders wäre, wenn die Deutschnationalen der Eintritt in die Regierung vor Wochen ermöglicht worden wäre.

Ueber die Gestaltung der Lage nach der Ablehnung hört man aus deutschnationalen Kreisen, übereinstimmend mit den Darlegungen verschiedener Abgeordneter in der Reichstagspresse, daß schlimmstenfalls einige Monate neuer Härten hereinbrechen würden, die eben im Interesse der Gesamtheit und des Erfolges ertragen werden müßten. Nach Ablauf dieser Zeit würde die Gegenstelle jedenfalls infolge der großen elgaren Schwierigkeiten, besonders auf wirtschaftlichem Gebiet, gezwungen sein, von neuem mit Deutschland zu verhandeln.

Herriot berichtet dem Parlament.

Paris, 21. August. (Eigener Drahtbericht.) Die französische Kammer trat am Donnerstag nachmittags um 3 Uhr zur Entgegennahme einer Erklärung Herriots über die Londoner Konferenz zusammen. Die Abgeordneten waren fast vollständig erschienen. Die Tribünen waren stark besetzt. Herriot, der bei seinem Erscheinen von der Linken stürmisch begrüßt wurde (während der Kommunist Partei ein Riesenplakat mit der Aufschrift: „Wieder ein Verbrechen!“ entrollte), begann mit einem kurzen Rückblick auf die der Londoner Konferenz vorangegangenen Verhandlungen in Chequers und Paris. Die zwischen der englischen und französischen Regierung getroffenen Abmachungen hätten zu der Hoffnung berechtigt, daß die Londoner Verhandlungen keinen allzu großen Schwierigkeiten begegneten. Es sei aber wesentlich anders gekommen. Bereits die Verhandlungen in der ersten Kommission, die das Verfahren im Fall deutscher Verfassungen festzulegen hatte, seien auf unerwartete Schwierigkeiten gestoßen. Die französischen Delegierten hätten nichts unterlassen, um das Recht Frankreichs, gesondert zu handeln für den Fall, daß ein gemeinsamer Beschluß der Alliierten nicht zustande komme, zu vertreten, seien aber dabei den größten Hindernissen begegnet. Vor allem der Versuch, eine Auslegung des § 18 (das unstrittige Recht zu Sanktionen) herbeizuführen, habe schwere Bemühungen geschaffen. Die

Mißverständnisse und Vorurteile, zu denen die Haltung der französischen Delegation in dieser Frage Anlaß gegeben

habe, hätten mehr als einmal die Konferenz ernstlich gefährdet. Als es in dieser Kommission endlich zu einer Einigung gekommen sei, habe das Eingreifen der internationalen Finanz alles wieder über den Haufen geworfen. Verschiedentlich sei behauptet worden, daß hinter diesem Schritt der Bankiers eine politische Opposition verborgen gewesen sei. Die Achtung vor der politischen Unabhängigkeit der anderen Länder verbiete es, sich darüber auszusprechen. Immerhin dürfe man nicht vergessen, daß, nachdem man solange mit der Regelung der Probleme, die sich aus dem Krieg ergeben haben, gewartet habe, man heute mit all den Vermittlungen rechnen müsse, mit denen die innere Politik der einzelnen Länder die diplomatischen Verhandlungen naturgemäß belastet. Der Krieg habe alle Energien zusammengefaßt, der Friede dagegen lasse die Interessen und Auffassungen von neuem auseinanderlaufen. Wenn es in London nicht schließlich doch gelungen wäre, alle diese Meinungsverschiedenheiten zu überbrücken, so wäre wahrscheinlich in kurzer Zeit die Luft so groß geworden, daß alle Bemühungen zu einer neuen Annäherung aussichtslos geworden seien. Die in den letzten Tagen veröffentlichten Dokumenten lieferten dafür einen neuen Beweis. So seien die Verhandlungen der Konferenz auf einen toten Punkt geraten, und heute könne man es sagen, ihr Scheitern habe in diesem Augenblick im Bereich der Wahrscheinlichkeit gelegen.

Frankreich könne das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, die verhängnisvollen Schwierigkeiten, an denen die Konferenz sich totzuliegen schien, überwunden zu haben durch den Vorschlag der schiedsrichterlichen Lösung

aller offengebliebenen Fragen. Herriot legte sodann die näheren Einzelheiten dar, unter denen auf Grund der in London zustande gekommenen Beschlüsse dieses Prinzip der schiedsrichterlichen Entscheidung nicht nur bei der Fest-

stellung deutscher Verfassungen; sondern auch bei den Naturalieferungen und Vorüberwerbungen zu wirken bestimmt ist. Der Kritik der Opposition, daß die Londoner Konferenzbeschlüsse eine Verminderung der Zuständigkeit der Reparationskommission darstellten, hielt Herriot entgegen, daß sehr viel Optimismus dazu gehöre, zu glauben, daß Frankreich in Zukunft nochmals auf einen Wehrheitsbeschluß wie jenen rechnen könne, der ihm erlaubt habe, in das Ruhrgebiet einzumarschieren. Eine Nation, die offen erkläre, den Lösungen der Gewalt die Lösung des Rechts vorzuziehen, könne nur gewinnen, wenn sie ihr Recht im gegebenen Fall durch ein unparteiisches und unabhängiges schiedsrichterliches Verfahren entscheiden lasse. Das sei wenigstens die Auffassung der gegenwärtigen demokratischen Regierung Frankreichs.

Durch die Annahme der französischen Vorschläge seien die im Dawes-Plan nur unvollkommen gelösten Probleme der Naturalieferungen und der Ueberweisung wesentlich zugunsten Frankreichs verbessert worden. Frankreich habe erreicht, daß Deutschland sich freiwillig zur Fortsetzung der Lieferung von Kohle, Eis und Farbstoffen über eine im Vertrag von Versailles festgesetzte Lieferungsfrist hinaus verpflichtet habe. Diese Abmachung sowie die über die Ueberänderung des Ueberlieferungsverfahrens stelle nach Ansicht der französischen Regierung das Meisterwerk der Konferenz dar.

Die Frage der militärischen Räumung

besprechend, führte Herriot aus, er selbst habe vor seiner Reise nach London im Parlament erklärt, daß diese Frage in London nicht angeschnitten werden dürfe; eine dahingehende Vereinbarung sei auch in London mit Macdonald getroffen worden. Aber es habe sich sehr bald gezeigt, daß die Durchführung des Dawes-Planes unmöglich sei ohne eine befriedigende Lösung des Ruhrproblems. Bereits am 24. Juli habe Macdonald in einem Brief, den er im Laufe der Debatte noch zur Kenntnis bringen werde, an die von der französischen und belgischen Regierung eingegangenen Verpflichtungen erinnert, nach denen die Befreiung des Ruhrgebiets ausschließlich dazu bestimmt gewesen sei, Deutschland zur Erfüllung seiner Zahlungsverpflichtungen zu zwingen, daß sie infolge dessen nicht mit der Sicherheitsfrage verknüpft werden könne. Macdonald habe ihm in diesem Brief Kenntnis gegeben von einer Note der deutschen Regierung, in der diese erklärt habe, daß die Verabschiedung der zur Durchführung des Dawes-Planes notwendigen Beschlüsse im Reichstag unmöglich sei ohne die Zustimmung der militärischen Räumung des Ruhrgebiets. Am 19. August, dem Tag, an dem er nach Paris gekommen sei, um den Ministerrat in Kenntnis zu setzen, habe Macdonald ihm einen zweiten, noch dringlicheren Brief überreicht. Die französische Delegation habe es abgelehnt, diese Frage auf das Programm der Konferenz setzen zu lassen. Aber sie habe sich einer Diskussion darüber um so weniger entziehen können, als sie sehr bald zu der Ueberzeugung habe kommen müssen, daß, wenn Frankreich sich entschlossen haben würde, auf unbestimmte Zeit im Ruhrgebiet zu bleiben, es dabei allein, und zwar völlig allein geblieben wäre. In Kenntnis dieser Sachlage habe der Ministerrat in Paris beschlossen, die Frist für die Aufrechterhaltung der Ruhrbesetzung auf ein Jahr zu begrenzen. Wenn die französische Regierung darüber hinausgegangen wäre, so würde sie die

Verantwortung für das Scheitern der Konferenz auf sich genommen haben. Sie habe vor der Wahl gestanden zwischen der Wiederherstellung der interalliierten Einheitsfront und der Fortsetzung der Politik der isolierten Aktionen. Er, Herriot, habe für seinen Teil gewählt. Aber da

noch nichts Endgültiges

beschlossen sei, könne nunmehr auch das Parlament sich freisprechen.

Herriot gab sodann einen Ueberblick über den Meinungs- und Sachstand zwischen den Alliierten über die Regelung der interalliierten Schulden und das Sicherheitsproblem; bedauerlicherweise hätten beide Fragen im Rahmen der Londoner Konferenz nicht geregelt werden können, sie seien deshalb späteren Konferenzen im Herbst vorbehalten worden. Herriot schloß: Mit der Annahme des Dawes-Planes seien noch keineswegs alle Schwierigkeiten überwunden. Die Widerstände, die die Beschlüsse der Londoner Konferenz in verschiedenen alliierten Ländern ausgelöst haben, bewiesen, daß noch sehr viel zu tun bleibe, um Europa völlig zu befrieden und auf die Dauer zu einigen. Die Londoner Konferenz stelle nach Auflösung der französischen Regierung nur eine erste Etappe auf dem Weg zu einem wirklichen Frieden dar. Es wäre übertrieben, glauben zu wollen, daß die Unterhändler von London in der Lage gewesen seien, dem durch den Krieg und die Nachkriegsjahre erschütterten Europa das endgültige Gleichgewicht wiederzugeben. Aber es wäre

ein Akt von verhängnisvoller Schwere, wenn man die in London zustande gekommene Verständigung zurückweisen und ihr eine Politik der isolierten Aktion vorzögen

wolle. Das Werk von London sei nur ein Anfang, aber der Anfang zum wahren Frieden.

Die Mehrheit der Kammer, die Herriots Ausführungen mehrfach mit starkem Beifall unterbrochen hatte, bereitete ihm, als er die Tribüne verließ, erneute stürmische Ovationen, die sich fortsetzten, bis Herriot den Sitzungssaal verließ, um sich in den Senat zu begeben.

Eine Interpellation über die Amnestie, die der kommunistische Abg. Marty im weiteren Verlauf der Sitzung begründete, führte zu heftigen Zwischenfällen, die schließlich den Präsidenten veranlaßten, die Sitzung zu unterbrechen. Gegen 6 Uhr abends kehrte Herriot aus dem Senat, wo er die gleiche Erklärung wie in der Kammer verlesen hatte, in die Kammer zurück.

Die Kammer vertagte die Debatte auf heute, Freitag, vormittag 10 Uhr.

Paris, 21. August. (CP.) Nach einer verworrenen Debatte, im Verlaufe welcher die Sozialisten von den Kommunisten weidlich beschimpft wurden, wurde der Vorschlag Marty mit 359 gegen 26 Stimmen abgelehnt.

Senatsdebatte.

Paris, 21. August. (Eigener Drahtbericht.) Im Senat wurde, nachdem Herriot die Regierungserklärung abgegeben hatte, ein Antrag der Linken, der darauf hinauslief, eine Debatte über die Regierungserklärung zu unterbinden, zunächst einem Ausschuss überwiesen. Die Sitzung des Plenums wurde unterbrochen, um dem Ausschuss Gelegenheit zu sofortiger Beratung zu geben. Der Ausschuss sprach sich für eine öffentliche Debatte aus. Ein von dem Vorsitzenden der demokratischen Linken, Senator Villies-Lacroix, eingebrachter Antrag, nicht zu debattieren, wurde abgelehnt und die Aussprache über die von dem Senator Lemery eingebrachte Interpellation eröffnet.

Mexiko und Deutschland.

Präsident Calles an den ADGB.

Der vor wenigen Tagen in Cuxhaven eingetroffene neugewählte mexikanische Staatspräsident Calles hat an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund folgendes Telegramm gerichtet:

Beim Betreten europäischen Bodens begrüße ich, durch Ihre Vermittlung, die deutschen Arbeiterverbände aufs herzlichste und wünsche unsere Brüdern, den Arbeitern dieses Landes, herzlichst Wohlergehen und Erfolg in ihren sozialen Arbeiten.

General Plutano Elias Calles.

Der ADGB hat darauf folgende telegraphische Antwort gegeben:

Im Namen der freien Gewerkschaften Deutschlands danken wir herzlichst für den den deutschen Arbeitern gemachten Gruß. Wir erwidern ihn aufs wärmste, weil wir darin einen besonderen Ausdruck der internationalen Arbeiterolidarität erblicken. Wir würden uns freuen, Herr Präsident, wenn uns während Ihres Aufenthaltes in Berlin Gelegenheit gegeben würde, Sie persönlich begrüßen zu können.

Vorstand des ADGB. — gez. Grafmann.

Es ist wohl der erste Fall, daß ein ausländisches Staatsoberhaupt beim Betreten unseres Landes die Leitung der freien Gewerkschaften offiziell begrüßt — freilich ist es der Präsident einer ziemlich jungen Republik, die nicht mit allzuviel Tradition belastet ist und nicht in ihrem Aufstiege verflochtenen Monarchien zu ahnen sucht. Präsident Calles hat durch diese Geste ausgesprochen, daß er Deutschland als ein Land der Arbeit, die deutschen Arbeiter als die Stützen der Republik und als die Bürger ihres friedlichen Aufstiegs erkennt.

Annehmen!!

Die Stimmen der besetzten Gebiete.

Bla, 21. August. (WZ.) Die die „Königliche Volkszeitung“ meldet, hat die rheinische Zentrumspartei dem Reichstag auf telegraphischem Wege folgende Kundgebung zugehen lassen:

Das Londoner Abkommen legt dem Vaterlande ungeheure, kaum tragbare Lasten auf. Trotzdem bittet die rheinische Zentrumspartei den Reichstag, dem Abkommen zuzustimmen, damit insbesondere die Staatshoheit wiederhergestellt, die Besatzungskosten erleichtert werden und ein Wiederaufbau der Wirtschaft möglich wird. Eine Ablehnung des Abkommens würde für das besetzte Gebiet, für das ganze Vaterland und für Europa ganz unabsehbare Folgen haben.

Dortmund, 21. August. (WZ.) Der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände (HD.) in Dortmund nahm in einer erweiterten Funktionärskonferenz Stellung zu den Londoner Abmachungen. Die Konferenz war sich darüber klar, daß die Auswirkung der Londoner Abmachungen das deutsche Volk bis zum äußersten belastet. Die unerträglich lange Wagnisräumungsfrist von einem Jahr erschwere die durch die Annahme bedingte Erfüllungspflicht in besonders hohem Maß. Trotz dieser Schwierigkeit steht die Konferenz einmütig auf dem Standpunkt, daß die Ablehnung dieser Abmachungen eine weitere Erschwerung und unabsehbare Verlängerung der wirtschaftlichen Notlage und so die dauernde Verelendung weiter Volksschichten zur Folge haben muß. In fester Erwartung, daß eine gerechte Verteilung der durch die Annahme bedingten Lasten nach Tragfähigkeit der einzelnen Volksschichten erfolgt, ersucht die Konferenz die Regierung, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß die Annahme der Abmachungen durch den Reichstag erfolgt und dadurch auch der Wille des deutschen Volkes zur Völkerverständigung erneut zum Ausdruck kommt. Sollten unüberwindliche Kräfte im Reichstag in verblendetem Parteianalismus oder aus sonstigen Gründen die Annahme unmöglich machen wollen, ersucht die Konferenz den Reichspräsidenten dringend, vor der Auflösung des Reichstags nicht zurückzutreten und das Volk zur Entscheidung aufzurufen. Die Arbeitnehmererschaft besonders auch im besetzten Gebiet habe mit großer Geduld die durch den bisherigen Zustand bedingte Not und Entbehrungen ertragen. Sie verlange jetzt, auch ihrem Willen Rechnung zu tragen und durch die Annahme der Londoner Abmachungen die Möglichkeiten zur Vinderung dieser Räte zu schaffen.

Elberfeld, 21. August. (Eigener Drahtbericht.) Die freien Gewerkschaften des linken Niederrheins haben sich in einer Konferenz mit dem Ergebnis der Londoner Konferenz beschäftigt und einstimmig folgende Entschliessung angenommen:

Die freien Gewerkschaften des besetzten linken Niederrheins erklären nach Kenntnisnahme des Ergebnisses der Londoner Konferenz, daß eine ganze Reihe von berechtigten Wünschen Deutschlands in London nicht erfüllt worden sind. Dennoch bedeutet das Resultat

der Konferenz die Befreiung der rheinisch-westfälischen Bevölkerung von dem schweren unerträglich gewordenen Druck und die Abwendung der Gefahren des völligen Zusammenbruchs der rheinisch-westfälischen Wirtschaft. Die freien gewerkschaftlichen Arbeiter am linken Niederrhein verlangen daher mit allem Nachdruck, daß die zur Durchführung des Sachverständigenutachtens notwendigen Befehle vom Reichstag ohne Zeitverlust angenommen werden, und zwar mit der Maßgabe, daß die aus dem Gutachten entstehenden Lasten so gerecht zur Verteilung gelangen, daß in erster Linie die Kreise belastet werden, die auch nach dem klaren Wortlaut des Sachverständigenutachtens bisher nur wenig oder gar nicht zu Reparationslasten beitragen haben.

Eine ähnliche Entschliessung sahien die dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Gewerkschaften im besetzten rheinisch-westfälischen Gebiet.

Essen, 21. August. (Eigener Drahtbericht.) Hier sprach vor den Funktionären und Betriebsräten der freien Gewerkschaften Genosse Sollmann für die Annahme der Londoner Beschlüsse, deren schwere Lasten er nicht verheimlichte. Ein kommunistischer Gegenredner konnte sich nur schwer gegen den Unwillen der Versammlung durchsetzen. Der Wille der übergroßen Mehrheit war klar für Annahme, im anderen Falle für die Auflösung des Reichstages.

Offenburgs Dank.

Im Namen der Bürger der befreiten Stadt Offenburg hat Oberbürgermeister Holter folgendes Telegramm an den Reichskanzler gerichtet:

Die anlässlich der Feier der Räumung Offenburgs und der Ortenau in Anwesenheit des badischen Staatspräsidenten zahlreich versammelte Einwohnerschaft der Stadt Offenburg entbietet Ihnen ergebenste Grüße, verbindet damit den wärmsten Dank für die so zahlreichen Bemühungen der Reichsregierung und den Wunsch auf weiteres gedeihliches Fortschreiten der Verhandlungen zugleich mit dem Gelübnis, in den kommenden Tagen wichtiger Entscheidungen treu hinter der Reichsregierung zu stehen.

Reichswehr und Maskenverleih.

Herr Gehler verbietet, aber erklärt sich solidarisch.

Stralsund, 21. August. (Eigener Drahtbericht.) Anfang Juni hatte das hiesige Standortkommando der Reichswehr eine Anzahl Gewehre an den „Stahlhelm“ verliehen, die bei einer Schlageter-Feier zur Ausschmückung des Altars und des Rednerpultes Verwendung fanden. In der richtigen Erkenntnis, daß Reichswehrgewehre nicht in die Hände des republikfeindlichen „Stahlhelm“ und überhaupt privater Vereinigungen gehören, beschlagnahmte die Polizei die Gewehre. Unser Straßburger Parteiblatt, der „Vorpommer“, kritisierte die unverständliche Handlungsweise des Reichswehrkommandeurs scharf, aber sachlich. Die Folge davon war, daß der Kommandeur das Auslegen eines Freieigentums des „Vorpommer“ in der Soldatenkantine verbot. Auf eine Beschwerde beim Reichswehrministerium erhielt nun unser Parteiblatt ein Antwortschreiben, das vom Reichswehrminister selbst unterzeichnet worden ist. Herr Dr. Gehler erklärt darin, daß er keinen Anlaß sehe, die Maßnahmen des Standortältesten zu mißbilligen. Die Beschlagnahme der Gewehre durch die Polizei sei eine ungerechtfertigte Maßnahme. Ueber das Verbot der Auslegung des „Vorpommer“ heißt es: „Mit dem Verbot hat der Standortälteste im dienstlichen Interesse richtig gehandelt. Der Kommandeur hat das Verbot in dem Gefühl erlassen, daß es nicht angängig ist, daß in seinem Dienstbereich Zeitungen ausliegen, die die Gefahr herbeiführen, durch falsche Nachrichten seine Autorität zu untergraben.“

Wird die Autorität des Reichswehrministers mehr untergraben, wenn nationalistische Vereinigungen mit Reichswehrgewehren sich maskieren oder wenn ein sozialdemokratisches Blatt auf die innerpolitische Gefahr solcher Waffenverleihungen hinweist?

Wembley.

(Von unserem Sonderkorrespondenten.)

London, Mitte August.

Die britische Reichsausstellung in Wembley bei London hat nicht nur ihre wirtschaftliche, sondern auch ihre sehr starke politische Seite, wie für England überhaupt Wirtschaft und Politik stamessliche Zwillinge sind. Wembley in den Einzelheiten bedeutet Wirtschaft, als Gesamtes jedoch Politik. Blendend wird die Nachstellung Englands illustriert in einer im Britischen Regierungspavillon aufgelegten reliefartigen Karte der Erde. Alles was Britisch heißt, ist auf der Karte transparent rot erleuchtet. Diese Darstellungen der britischen Weltmacht sind ohne Zweifel recht eindrucksvoll, es ist so eine Art Säbelraseln in der Weltwirtschaft.

Diese beiden größten Häuser der Ausstellung, der Palast der Industrie und der Palast der Technik, sind dagegen der industriellen Arbeit des engeren Inselreichs gewidmet. Hier sind die Produkte der führenden Industrien Englands untergebracht. Im Palast der Industrie ist alles zu finden, was man unter die Begriffe chemische Industrie, Baumwolle, Wolle, Seide, Uhren, Baugewerbe, Musikinstrumente, Feinmechanik, Papier, Lebensmittel, Tabak, Gummi, Glas- und Töpferwaren, Leder, Hausgeräte, Spitzen, Kleider und vieles andere mehr fassen kann. Ulfster hat im großen Rahmen seine eigene Ausstellung nordirischer Industrie. Es zeigt Produkte seiner Feinindustrie. Neben Erzeugnissen der Garn- und Seidenindustrie sieht man Tabakfabrikate und nicht zuletzt auch eine lebhafte irische Whiskydestillation.

Im Palast der Technik werden dem Beschauer die Leistungen Englands im Schiffbau, in der Elektrizität, im Motorenbau und in der Transporttechnik (zu Wasser und zu Lande) vorgeführt. Großartige Schiffsmodelle, ja ganze Dampferkommandobrücken sind ausgestellt. Die Elektrizität feiert Triumphe, ohne besonderes Neues zu bieten. Im Motorenbau haben etwa 200 Firmen ausgestellt, trotzdem macht die Herde von Kraftwagen, die einen recht beträchtlichen Raum einnimmt, auch bei näherer Betrachtung keinen erschütternden Eindruck. Die Masse dessen, was als Englands Industrie in den genannten beiden Palästen gibt, ist in ihrem Umfange erdrückend und illustriert trotz der Ueberindustrialisierung des Landes. Das hier Gebotene kann uns jedoch kaum mit Sorge erfüllen. Man verzicht zuweilen als Deutscher die fremde Staatsangehörigkeit der ausgestellten Industrieerzeugnisse und wird hier nur erinnert, wenn man besseres zu sehen erwarten dürfte.

Der Vorrprung Englands liegt allein in der guten Möglichkeit, seine industrielle Arbeit abzugeben. England konsumiert z. B. von seiner Kohlenproduktion selbst nur 14 Proz., exportiert aber direkt 36,5 Proz. und indirekt 49,5 Proz. Von seiner Eisen- und Stahlproduktion leben nur 25 Proz. im Lande, 50 Proz. werden direkt und 25 Proz. indirekt exportiert. Am Verbrauch seiner Baumwollzeugproduktion ist Alt-England nur mit 30 Proz. beteiligt, der Rest

ist Export. Man sieht an diesen paar Zahlen die absolute Einseitigkeit auf den Export. Wenn man auch ein guter Teil des englischen Exports in Europa bleibt, so bilden doch die weiten Gebiete des britischen Imperiums, die Dominions und Kolonien, die immer sicheren Aufnahmestätten englischer Erzeugnisse. Englische Schiffe sind das Bindeglied englischen Handels mit der Welt. So waren z. B. nach einer graphischen Darstellung des „Economist“ von allen Schiffen, die in den Jahren 1919 bis 1923 den Suezkanal passierten, über 60 Proz. englische. Und nebenbei bemerkt beträgt nach der gleichen Quelle der englische Anteil am gesamten Schiffbau des Jahres 1923 insgesamt 57 Proz., d. i. etwa ebensoviel wie 1913 mit 58,7 Proz.

Von den englischen Dominions, Kolonien und Schutzstaaten haben in Wembley 25, zum Teil in ergötlichen Häusern, Tempeln und Palästen, ihre heimischen Erzeugnisse ausgestellt. Nur Ägypten hat verzichtet. Hier in diesen Dominions und Kolonien liegt das Paradies der englischen Wirtschaft, liegen die unvergänglichen Rohstoffquellen Alt-Englands. Hier ist die Fülle des Getreides, Erzes, Gummi, Kaffees, Leins, Reis, der Baumwolle, Seide, Wolle, des Mangans, Kupfers, Nickels, Silbers, Goldes, der Diamanten und all der Dinge, die ein industrielles Land zur Erhaltung seiner Erfindung als Rohstoffe braucht. Schritt für Schritt zeigen sich auch hier in der Ausstellung der überseeischen Reichsgebiete die großen Absatzmöglichkeiten für die englischen Industrieerzeugnisse: Kautschuk, Maschinen, Eisenbahnen, Schiffe und vieles mehr. Wohl haben auch Kanada und Australien ihre eigene moderne Industrie, doch was bedeuten sie — noch heute — mit ihren 8,9 Millionen bzw. 6,9 Millionen Einwohnern gegenüber Alt-England.

Eine besondere Attraktion, vor der sich der Strom der Schaustütigen staut, hat übrigens Kanada in seinem Ausstellungsgebäude geschaffen. Einer byzantinischen Regelung folgend, hat es dem Kronprinzen des Mutterlandes ein lebensgroßes Denkmal in kanadischer Butte gesetzt. In einem riesigen Glasfenster sieht eisgeklüht der Prince of Wales, seiner treuen Mustang am Jügel haltend, während im Hintergrunde ein typisch kanadisches Haus hart auf die Herkunft der riesigen Buttermenge hindeutet.

Dieses kanadische Denkmal deutet einen überhaupt ein Sinnbild der Bedeutung all dieser Dominions und Kolonien für das Mutterland, England in Butte!

Alles in allem kann man sagen, daß der industrielle Teil der britischen Ausstellung unsere Hoffnung auf eine gute Zukunft der deutschen Arbeit neu bestärkt. Konkurrenz in gewisser Grenzen ist Leben. Wir waren nicht nur Konkurrenten, sondern wir waren auch starke Abnehmer englischer Erzeugnisse. Englands Anteil am Weltexport betrug 1923 rund 17,3 Proz., und trotzdem ist die Welt immer noch groß genug und bietet weite Möglichkeiten, die Arbeitsergebnisse der übrigen industriellen Länder unterzubringen. Die wirtschaftlichen Ausläufe des langen Krieges lasten schwer auf der meisten exportierenden Nationen. Langsam dämmert bei den Völkern die Erkenntnis der unbedingten, gegenseitigen, wirtschaftlichen Notwendigkeiten, aus denen auch uns leichtere Wege zu den Rohstoffquellen und fremden Absatzmärkten entstehen werden.

Die versickernde Bewegung.

Von Hans Bauer.

Es mag schon einer Zeit seines Lebens ein rechter Taugenichts gewesen sein: wenn es mit ihm ans Ende geht, dann sind wir mild gestimmt und geneigt, vieles zu übersehen.

Mit den Wälzlagen gehts zu Ende. Ihre Blättchen werden immer dünner, ihre Hilferufe um Geld immer drängender... Der Windstoßverkauf hat schon lange nachgelassen und es bleibt zu erwägen, ob man die Restbestände nicht billig an das Reichsbanner abgeben. Auch das Ehrhardt-Lied, gestern noch lebhaft bevorzugt von einem Dielenpublikum, dem die ausgerechneten Bananen zum Halse herausgingen, gilt heut nicht mehr als recht kommenmäßig und hat sich vom Better Rid, vier Meter lang, zwei Meter dick, ausleihen lassen müssen.

Uebrigens muß auch einmal gesagt werden, daß die handelslehrlinge an der Bewegung nicht das fanden, was sie gesucht hatten. Ein Glaschen Bier vom Herrn Leutnant, wie's im Rothbach-Lied heißt, das ist wohl hin und wieder herausgesprungen, aber bis zur Gehaltzulage und zum verlängerten Sommerurlaub hat die Durchschlagkraft des Hutentzuges eben doch nicht gereicht. Da legt man die Bewegung mit resigniertem Nihilismus aus der Hand, zumal die besseren Köpfe ja doch schon anderweitig vergeblich sind.

Die enge Uneinigkeit der Führer erinnert schließlich auch nur an die Zeit, da solche Betriebsamkeit noch nicht nötig war, um die Erstgen der Bewegung glaubhaft zu machen.

Ja, damals, als der Hiltler im Zirkus Krone in München sprach: Das kuckst du, das haue. hingegen heut...

Der Streicher sagt, die Landtagsfraktion sei eine Bagage und die wieder schimpft auf den Streicher, und unversinnlich war zuerst ganz schadenfroh, aber das hat sich auch schon gelegt und man bekommt das Gähnen. Und wie man das bekommt, da denkt man doch noch einmal daran, daß diese Bierleibersbomsen immerhin vor einem Jahre noch fast ein deutsches Erlebnis waren. Nicht, daß sie nicht auch heute noch gefährlich werden könnten; aber das läge dann an unserer Dummheit, während es damals an ihrer Logik, daß sie es nicht wurden.

Der Höhepunkt ist lange überschritten. In diesem Stadium möchte man den Teufelnbüchsen fast einen wohlgemeinten Patz geben: das soll nun bald vorbei sein, daß wir auch in all eurer Vöcherlichkeit himmeln dürfen... Das soll nun bald vorbei sein, daß wir in euren Blättern die Selbimirigkeiten ankreuzen! Und das alles bloß, weil ihr unattraktiv geworden seid!

Da wird uns monachmal eine leise Sehnsucht antommen, und wir werden erst recht wissen, was wir an dem Rosenpapier hatten, das ein schwarzweißroter Kante hatte und an den deutschholländischen Figuren und an dem Adolf Bartels, der Goethe für einen Gesinnungsfreund und Richter für den ersten Nationalsozialisten und sich für einen Historiker hielt.

Die Bewegung versichert... Wo nehmen wir da nur rasch unser neues Raspertheater her?

Noch einmal: Dauer der Träume. Zu diesem Thema erhalten wir aus unserer Beserkreise noch folgenden interessanten Fall mitgeteilt: Es war an einem Sonntagmorgen im Sommer 1913. Ich war damals Seminarist in Bromberg. Mit fünfzehn anderen Seminaristen schloß ich zusammen in einem Saal. Am Sonnabendabend hatten wir verabredet, am nächsten Morgen schon vor 5 Uhr

Zustimmung der Volkspartei.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei folgte in ihrer gestrigen über vier Stunden währenden Fraktionsführung eine Entschiedenheit, in der eine Ablehnung des Londoner Protokolls als unmöglich bezeichnet wird. „Die Reichsregierung“, so heißt es in der Entschiedenheit, „ist verpflichtet, mit allen Mitteln die gegebene diplomatische Lage zur Abklärung der Räumungsfrist auszunutzen.“

Diese Haltung wird in der Entschiedenheit wie folgt begründet: „Eine Möglichkeit zu abschließenden neuen Verhandlungen mit den Alliierten ist nicht zu erkennen. Die ganze außenpolitische Lage, die sich zu Deutschlands Gunsten zu wenden scheint, wird von neuem zu unserem Schaden verkehrt. Dazu kommt eine Gefährdung aller der Bestrebungen, die auf eine Festigung der innerpolitischen Verhältnisse gerichtet sind und von der Deutschen Volkspartei zielbewußt verfolgt sind. Angesichts dieser Räte und Gefahren hat sich die Reichstagsfraktion einstimmig entschlossen, die Ergebnisse der Londoner Konferenz anzunehmen.“

Der Reichsrat für Annahme.

Vorbehalt Bayerns und Württembergs.

Der Reichsrat beriet gestern über die mit dem Sachverständigenrat zusammenhängenden Beschlüsse. Legationsrat v. Stutterheim erklärte im Verlauf der Sitzung: Die Regierung von Mecklenburg-Strelitz ist nicht in der Lage, den Londoner Vereinbarungen ihre Zustimmung zu erteilen. Ich bin beauftragt, gegen das ganze damit zusammenhängende Gesetzgebungswort zu stimmen.

Minister Münzel-Weimar gab die Erklärung ab: Ich bin für Thüringen beauftragt, mich der Stimme zu enthalten, weil es nicht möglich gewesen ist, eine Entschiedenheit der Thüringischen Regierung herbeizuführen. Das gilt für alle mit den Londoner Vereinbarungen zusammenhängenden Beschlüsse.

Ministerpräsident Braun

gab namens der preussischen Regierung folgende Erklärung ab: „Das Resultat der Londoner Konferenz, wie es in den dort getroffenen Vereinbarungen vorliegt, kann uns wenig befriedigen. Es belastet das deutsche Volk und seine Wirtschaft auf das schwerste. Es zwingt uns weiter eine Kontrolle unseres Etats und Finanzwesens auf, die für ein souveränes Volk und ein selbständiges Staatswesen schwer erträglich ist. Es soll auch die militärische Besetzung des Ruhrgebietes, deren Vertragswidrigkeit ernstlich nicht mehr bestritten werden kann, noch ein Jahr lang andauern. Hierdurch wird Preußen, dessen wichtigstes Wirtschaftsgebiet dabei in Frage kommt, besonders hart berührt.“

Wir haben heute hier darüber zu entscheiden, ob wir als die im Reichsrat vereinigten Vertreter der Länder diesem von der Reichsregierung mit allen alliierten Mächten getroffenen Abkommen zustimmen wollen. Es ist wohl die für unser Land und Volk schicksalsschwerste Entscheidung, vor die der Reichsrat seit seinem Bestehen jemals gestellt worden ist.

Da das Abkommen und die aus ihm sich ergebenden Beschlüsse das Ergebnis der Beratungen mit den ausländischen Mächten sind, ist eine Änderung des materiellen Inhalts der uns zur Beschlussfassung unterbreiteten Vorlagen ausgeschlossen.

Wir können nur ablehnen oder annehmen. Bei dieser Entscheidung müssen wir uns noch einmal vor Augen halten, vor welche furchtbare Alternative wir gestellt sind.

Die Annahme bedeutet:

Schwere wirtschaftliche Lasten für unser ohnehin verarmtes Volk auf Jahrzehnte hinaus.

Verzicht auf erhebliche Steuereinnahmen des Reiches zugunsten der Reparationskasse.

Eine weitgehende Kontrolle unseres Finanz- und Etatswesens durch die auswärtigen Mächte.

Aufgabe des entscheidenden Einflusses des Reiches auf das für unser Wirtschaftsleben wichtigste Verkehrsmittel, die Eisenbahn, und Verzicht auf ihre Erträge zugunsten der Reparationskasse.

Audung ausländischer Einflüsse auf unser Währungs- und Bankwesen. Erhebliche Sonderbelastung unserer Industrie.

Die Annahme bedeutet andererseits aber auch:

aufzustehen, um einen zweifelhafte Spaziergang zu unternehmen. In der Nacht hatte ich folgenden Traum:

Ich stand mit mehreren Kameraden in den Anlagen vor dem Seminar. Wir beobachteten einen Eindringling. Zuerst sahen wir ihn von Siden her kommen, ganz klein, bis er über uns war. Dann verschwand er wieder langsam am Horizont, um nach kurzer Zeit wiederzukehren. Jetzt zog er in großen und ruhigen Schritten über der Stadt. Wir hatten uns inzwischen auf eine Bank gesetzt, beobachteten den Flieger und unterhielten uns über den Luftverkehr. Als das Flugzeug wieder einmal in unserer Nähe war, begann es zu schwanzen. Immer mehr, immer mehr. Ich wurde unruhig und sprang auf, denn ich glaubte, daß ein Unglück geschehen würde. Da überschlug sich auch schon das Flugzeug. Und mit einem gewaltigen Knack sah ich es in Flammen aufgehen und herunterstürzen.

Von dem starken Knack und dem Schreck war ich noch gemordet und fuhr in die Höhe. Ich konnte gerade noch sehen, wie einer meiner Kameraden eine Pistole in der erhobenen Hand hielt. Walter Wagner, ein Fräulein, hatte uns durch den Schuß, den er aus einer Schrotflintenpistole gegen die Himmeldecke abgegeben hatte, wecken wollen. In der kurzen Zeit, den der Knack bis zu meinem Ohr gedauert, in dem Bruchteil einer Sekunde, hatte ich den Traum gehabt, dessen Vorgänge etwa 1/2 Stunde beanspruchte hätten.

Wagner-Theater. Eine Bühne für Kunst und Unterhaltung hat sich gegenwärtig im alten Wagner-Theater als ein Unternehmen etabliert, das den minderbemittelten Volksteilen zu ganz billigen Theatervorstellungen liefern will. „Im Sommer unterhalten, im Winter literarischen Charakter“. Am Mittwoch brachte sie einen aussergewöhnlichen Schwanz „Der ungetreue Calabar“ von Hans Sturm heraus, und zwar in einer so guten Fassung, daß die Zuschauer ihr vollgerühmte Maß an guter Laune noch haufe tragen konnten. Die unendlichen Verwicklungen und nicht immer neuer, aber wirksamer Humour über den Schwanz fröhliche Aufnahme und den Darstellern begeisterten Beifall.

Thomas Mann ist von der Breslauer Volksbühne für einen Vortrag im Januar gewonnen worden, in welchem der Dichter aus seinem neuen noch unveröffentlichten Roman „Der Zauberberg“ vorlesen wird, einem Werk, das nach des Dichters eigenem Angaben starken Bezug auf die Gegenwart hat.

Der 1. Kongress der deutschen Schiffbauvereinigungen findet am 6. September in Pola statt. Er ist die erste einheitliche Zusammenkunft der Schiffbauingenieurvereinigungen unter Hauptleitung der modernen Fortschrittsvereinigungen, sowie Maßnahmen zur Bekämpfung des dringlichsten graphologischen Dilemmas.

Ein Treptow in St. Moritz. Die Gemeindeverwaltung von St. Moritz hat dem Leiter der Treptower Sternwarte Dr. Archenbold auf dem Weg zum Bau eines Observatoriums kostenlos ein Gelände zur Verfügung gestellt. Er will dort ein Observatorium errichten, wenn sich Interessenten finden, die die Mittel dazu bereitstellen.

Der Mars nach Süd. Die Rundfunkstationen der Vereinigten Staaten, welche ähnliche Funktionen haben mit dem amerikanischen Völkern, sind durch eine Abmachung getroffen, nach der sie von Donnerstag an 30 Minuten lang in jeder Stunde fünf Minuten lang ihren Betrieb vollkommen aussetzen, um den Empfang eventueller Signale vom Mars zu erleichtern.

Sofortige Befreiung etwa 900000 Deutscher von der fremden Besatzung.

Die Freilassung hunderttausend aus den Gefängnissen.

Die Rückkehr vieler Tausend Ausgewiesener nach ihrer Heimat.

Die Beseitigung der unser Wirtschaftsleben schwer hemmenden inneren Zollgrenzen und der Passzolllinien im Westen.

Auslandskredite für Industrie und Landwirtschaft zur Behebung der Arbeitslosigkeit und zur langsamen Aufwärtsentwicklung unseres Wirtschaftslebens.

Die Ablehnung bedeutet demgegenüber:

Aufrechterhaltung des militärischen Drucks auf die besetzten Gebiete und ihre Bevölkerung, vielleicht gar verstärkte Drangsalierungen.

Sie bedeutet ferner, daß Hunderte von Deutschen, die ihrem Vaterlande Treue bewiesen haben, auf Jahre hinaus weiter in den Gefängnissen schmachten müssen und Tausende von Ausgewiesenen nicht wieder in ihre Heimat zurückkehren können.

Sie bedeutet weiter:

Keine Kredite für Industrie und Landwirtschaft und somit erschröckende Zunahme der Arbeitslosigkeit mit ihren Folgen; bitterste Not und Elend für viele Volksteile.

Verfall der Währung und der sich daraus für unsere Wirtschaft ergebenden katastrophalen Folgen.

Die Verantwortung für diese zweite Alternative glaubt die Preussische Staatsregierung nicht auf sich nehmen zu können und stimmt daher dem Abkommen und den sich aus diesem ergebenden Beschlüssen zu.

Sie tut das in der bestimmten Erwartung, daß die Reichsregierung alles daran setzen wird, daß das Los der Bevölkerung, die noch weiterhin gezwungen ist, unter dem Druck der Besatzung zu leben, möglichst gemildert und daß vor allem in den besetzten Gebieten die volle deutsche Verwaltungs- und Justizhoheit wieder hergestellt wird und die Rheinlandkommission und die Besatzungstruppen sich auf die Maßnahmen beschränken, die in lokaler und vorläufiger Auslegung des Rheinlandabkommens zur Gewährleistung der Sicherheit der Besatzungstruppen unerlässlich sind.

Der bayerische Gesandte v. Preger gab folgende Erklärung ab: Namens der bayerischen Regierung schließe ich mich der Erklärung Preußens fast in allen Punkten an. Auch die bayerische Regierung sieht sich, wenn auch schwerem Herzen, genötigt, den Beschlüssen ihre Zustimmung zu erteilen, nachdem sie in den Beschlüssen das kleinere Übel sieht gegenüber dem, was kommen würde, wenn die Beschlüsse abgelehnt würden. Nur beim Eisenbahngesetz habe ich eine andere Erklärung abzugeben.

Der Vertreter von Württemberg schloß sich den Erklärungen Bayerns an.

Demnach kam es zur Abstimmung. Das Bankgesetz wurde gegen die Stimmen der beiden Mecklenburger angenommen, ebenso das Gesetz über die Privatnotenbanken und das Gesetz über die Industriebelastung.

Beim Eisenbahngesetz gab Gesandter v. Preger namens der bayerischen Regierung folgende Erklärung ab: Die bayerische Regierung sieht sich zu ihrem Bedauern nicht in der Lage, dem Gesetzentwurf die nach § 8 des Staatsvertrages zwischen dem Reich und den Ländern über den Übergang der Eisenbahnen an das Reich erforderliche Zustimmung zu erteilen, da die von ihr für diese Zustimmung aufgestellten Forderungen, besonders die Forderung einer Errichtung eigener Betriebsgesellschaften für die früheren bayerischen Bahnen nicht erfüllt wurde. Sie will jedoch im Hinblick auf den außerordentlichen Notstand des Reiches der Durchführung der neuen Verhältnisse keine Schwierigkeiten bereiten und enthält sich daher der Abstimmung, sie behält sich aber vor, alle ihre Rechte später geltend zu machen, wenn der Stand der Reparationsfrage dies gestatte oder Umstände eintreten, die es ihr als unumgänglich nötig erscheinen lassen.

Die gleiche Erklärung gab der Vertreter von Württemberg ab.

Die Eisenbahnvorlage wurde in besonderer Abstimmung mit allen gegen zwei Stimmen angenommen.

Die Vertreter der Provinzen Ostpreußen und Pommern stimmten mit Nein. Der Stimmgabe enthielten sich Bayern, Württemberg, Thüringen, Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz. Die erforderliche Zweidrittelmehrheit für das verfassungsändernde Gesetz war vorhanden.

Angenommen wurden weiterhin mit Mehrheit der Gesetzentwurf über die Personalverhältnisse bei der Reichsbahn, die Vorlage über Liquidierung der Rentenbank und das Münzgesetz.

Ueber das Renteigesetz fand noch eine besondere Abstimmung statt. Es wurde mit allen gegen vier Stimmen angenommen. Dagegen stimmten die Vertreter von Ostpreußen und Pommern sowie die beiden Mecklenburger. Thüringen enthielt sich der Stimmgabe.

Die Nationalisten von rechts und links.

Die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses.

In der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses vom Donnerstag, über die wir bereits im gestrigen Abendblatt berichteten, sprach nach dem Genossen Hilferding der Finanzminister Dr. Dauter über die Stellung des Reparationsagenten, deutschnationalen und völkische Abgeordnete polemisierten gegen die Regierung, und schließlich gab Ministerpräsident Kauffmann vom Reichsfinanzministerium eine Erklärung über die finanzielle Bedeutung des Cuno-Angebots vom 7. Juni 1923 ab.

In dieser Sitzung des Auswärtigen Ausschusses zeigte sich die plumpe und verlogene Demagogie der kommunistischen und deutschnationalen Nationalisten. Die beiden Parlamentarier, die die Unwahrscheinlichkeit dieser Demagogie in Reinkultur zeigten, sind der Kommunist Roosen und der Deutschnationaler Göt.

Der erste hielt eine nationalistische Rede gegen den Diktatfrieden von Versailles und die Verflüchtigung des deutschen Volkes. Auf die Tatsache hingewiesen, daß er in der Nationalversammlung in Weimar für die Unterzeichnung des Versailler Vertrages gestimmt habe, wollte er sich auf Parteidisziplin herausreden. Herr Roosen gehörte zum linken Flügel der Unabhängigen, der damals den Frieden, nichts als den Frieden wollte, und die ablehnende Haltung der Kommunisten als Wahnsinn empfand, ja, der bereit war, für die Unterzeichnung zu den schärfsten inneren Kampfmitteln zu greifen. Sein jetzt zur Schau getragener Nationalismus ist geborgt, Requisite der anbedenklichen Gesinnung. Im übrigen, nichts widerlich verlogenere als daß sich die Herren Roosen und Swan Ray Seite an Seite mit Graefe und Reventlow als die Bekämpfer der nationalen Interessen anpreisen.

Der deutschnationaler Herr Göt aber bewies seine echt nationale Gesinnung mit folgenden Worten:

„Die infame Erfüllungspolitik hat das deutsche Volk müde gemacht. Unser Volk hat kein Gefühl mehr dafür, ob es in die Presse geschlagen oder in das Gefäß gepußt wird.“

Die deutschnationaler Politik hat zur Ruhrbesetzung geführt, und das Angebot, das der Vertrauensmann der Deutschnationalen Herr Cuno, am 7. Juni 1923 den Alliierten machen mußte, bezifferte sich auf eine Leistung von 2,8 Milliarden Mark in einem Jahre gegen 2,5 Milliarden aus dem Dawes-Plan in vier Jahren. Mit den 2,8 Milliarden waren die Deutschnationalen einverstanden, die 2,5 Milliarden lehnten sie ab unter dem Freibrief: gegen die infame Erfüllungspolitik.

Dieser Herr Göt ist der Direktor von Bloem und Boh in Hamburg. Er hat in der brutalsten Weise — so wie seine Tonart im Auswärtigen Ausschuss war — die Verfälscher aus,

gesperrt. In seiner Tonart: er hat sie „in die Presse geschlagen und ins Gefäß gepußt“. Er arbeitet an der Verflüchtigung und Würdemachung der Deutschen mit brutalen Scharfmachermethoden und redet — von deutscher Freiheit.

Der Nationalismus der Roosen und Swan Ray und der Rationalismus des Herr Göt sind einander würdig, der eine so verlogen wie der andere. Die gewissenlosen bezahlten Agenten von Rostau und der brutale Scharfmacher — das ist die Einheitsfront, die daran arbeitet, den Abmarsch der Franzosen aus dem besetzten Gebiet zu verhindern.

Erläuterungen zum Londoner Protokoll.

Eine Denkschrift der Reichsregierung.

Dem Reichsrat ist zu dem Entwurf eines Gesetzes über die Londoner Konferenz eine erläuternde Denkschrift zugegangen. Die Denkschrift betont zunächst, daß es sich bei dem Londoner Schlußprotokoll um ein einheitliches Ganzes handelt und keines der darin enthaltenen Abkommen ohne die anderen in Kraft treten und durchgeführt werden kann, und ferner, daß die Konferenz in ihrer Schlußfassung vom Rotenwechsel zwischen der deutschen, der französischen und der belgischen Delegation über die militärische Räumung Akt genommen hat. Im einzelnen bemerkt die Denkschrift zu den vier inhaltlich bereits bekannten Abkommen u. a. noch, daß zur Vermeidung jeden Zweifels in dem Schlußprotokoll die Schuldsummen für die verpflichteten Zölle und Steuern für die nächsten fünf Jahre genau festgelegt sind und das Kontrollrecht des Kommissars für die verpflichteten Einkünfte in der Normalkategorie lediglich auf das Recht auf Auskunftserteilung beschränkt bleibt. Der Eintritt einer stärkeren Kontrolle ist an ganz bestimmte Voraussetzungen geknüpft, so daß eine militärische Exzessivierung der Kontrolle ausgeschlossen ist. Die Denkschrift hebt ferner hervor, daß für die Durchführung des Sachverständigenplanes eine gewisse Elastizität dadurch erzielt worden ist, daß ein besonderes Verfahren zur Änderung des Planes bestimmt wurde.

Durch die Bestimmungen über die wirtschaftliche Räumung wird für alle Zweige der deutschen Wirtschaft künftig ausschließlich das Rheinlandabkommen maßgebend sein. Die unbedingte Ausübung der deutschen Gerichtsbarkeit im Rheinland ist sichergestellt. Die mit der Annahme im Zusammenhang stehende Frage der aus den besetzten Gebieten ausgewiesenen Deutschen soll bei der Unterzeichnung des Schlußprotokolls durch einen besonderen Rotenwechsel geregelt werden, über den bereits Einverständnis erzielt ist und durch den alle Ausweisungen grundsätzlich rückgängig gemacht werden.

Ferner soll gelegentlich der Unterzeichnung am 30. August von der deutschen Regierung an die Konferenz eine im Wortlaut bereits mit der Gegenseite festgelegte Note abgesandt werden, in der die deutsche Regierung betont, daß sie die in dem Abkommen zwischen den alliierten Regierungen vorgesehene Anwendung des § 22 der Anlage II zu Teil 8 des Friedensvertrages nicht als gerechtfertigt ansehe und daß, wenn sie in vorliegenden Fällen keine Folgerungen daraus ziehe, dies für die Zukunft nicht als Präzedenz angesehen werden dürfe.

Der Denkschrift ist der Rotenwechsel zwischen der französischen und belgischen Delegation einerseits und der deutschen Delegation andererseits über die militärische Räumung des Ruhrgebietes innerhalb einer Höchstfrist von einem Jahr sowie hinsichtlich der militärischen Räumung der Zone Dortmund-Hörde beigefügt. Ferner enthält sie ein zwischen der deutschen, der französischen und der belgischen Delegation vereinbartes Memorandum über die Erklärung von Herriot und Theunis, daß sie sich nicht widersetzen werden, daß die im Frühjahr 1921 besetzten rechtsrheinischen Sanktionsgebiete gleichzeitig mit dem Ruhrgebiet geräumt werden.

Abänderung des Reichswahlgesetzes.

Der Reichsrat beschäftigte sich am Donnerstag mit der Novelle zum Reichswahlgesetz. Die wesentlichen Bestimmungen der Reglementnovelle sind folgende: Die Abgeordnetenziffer wird auf 300 festgesetzt. Auf je 75000 Stimmen (bisher 60000) soll ein Abgeordneter entfallen. Auf alle Fälle wird sichergestellt, daß 300 Abgeordnete gewählt werden. Wird die Zahl nicht erreicht, so findet eine Ergänzung aus den Kreiswahlvorschlägen statt; wird die Ziffer 300 überschritten, so findet ein Abstrich von der Reichswahlliste statt. Die bisherigen Wahlkreisverbände sind beibehalten, werden aber in eine größere Zahl von Wahlkreisen zerlegt. Ein Kreis umfaßt im allgemeinen nur 35000 Einwohner, und die Wahlvorschläge für diese kleinen Kreise enthalten nur einen oder höchstens zwei Bewerber, wodurch der Grundsatz der Persönlichkeitswahl im Gegensatz zur Listenwahl wieder zur Anerkennung kommt. Die Verbindungen von Kreiswahlvorschlägen einer Partei innerhalb eines Wahlkreisverbandes sind nach wie vor zulässig und werden nach der Vorlage noch erleichtert.

In Uebereinstimmung mit der Reichsregierung haben die Ausschüsse des Reichsrats mehrere Änderungen vorgenommen. Die Einrichtung des bisherigen Kreiswahlleiters ist beibehalten. Neben der automatisch eintretenden Verbindung von Wahlvorschlägen mit einem gleichen Kennwort der Partei sollen auch andere Verbindungen kraft besonderer Erklärung möglich sein. In gewissen Fällen sind auch zur Wahrung landsmannschaftlicher Gemeinschaft Verbindungen sogenannter „Vanderguppen“ zugelassen. Hinsichtlich der Kostenfrage war keine Einigung mit der Reichsregierung zu erzielen. Während die Reichsregierung die bisherige Kostenerstattungspflicht, die den Wählern und Gemeinden zugute kam, beibehalten wollte, hat die Mehrheit der Ausschüsse an dem bisherigen Verfahren festgehalten, insbesondere auch aus dem Grunde, weil gewisse finanzielle notleidende Gemeinden leicht bei Vorbereitung der Wahlen unangebrachte Sparmaßnahmen üben und nicht die genügende Sorgfalt anwenden würden, woraus sich unliebsame Störungen ergeben könnten.

Das Reichswahlgesetz wurde schließlich nach längeren Beratungen entsprechend den Ausschlußbeschlüssen vom Reichsrat angenommen.

Die Umgestaltung der Rentenbank.

Nach dem Gesetzentwurf zur Liquidierung der Rentenbank wird das Kapital der Bank von 3,2 auf 2 Milliarden ermäßigt. Die bisherige Belastung der Industrie usw. wird aufgehoben, jedoch bleibt die Belastung der Eigentümer landwirtschaftlicher usw. Grundstücke. Entsprechend der Verminderung des Kapitals wird die Grundschuld von 4 auf 5 Proz. des Wertbeitrags erhöht. Die Verzinsung ermäßigt sich von 6 auf 5 Proz.

In 10 Jahren hat die Rentenbank den Gesamtbetrag der ausgebenen Rentenbankcheine, der nicht mehr erhöht werden darf, aus dem Verkehre zu ziehen. Die Tilgung der Kredite an die Wirtschaft muß ab 1. Dezember 1924 in drei Jahren beendet sein. Die Tilgung der von der Rentenbank ausgegebenen übrigen Kredite erfolgt in der Weise, daß bei der Rückzahlung ein Tilgungsfonds errichtet wird, in dem vorerst alle Einnahmen aus den Hypothekenzinsen abzuführen sind. Das Reich übernimmt der Rentenbank gegenüber die Garantie, daß die Zahlungen jährlich mindestens 60 Millionen Rentenmark betragen. Dazu kommt der Anteil des Reichs am Reingewinn aus der Rentenbank. Sodann hat das Reich jährlich 60 Millionen Rentenmark abzuführen. Die Leistungen sind solange auszuführen, bis 200 Millionen Rentenmark erreicht sind.

Die Rentenbank hat das Recht, der zu gründenden landwirtschaftlichen Kreditanstalt Kredite zu geben. Dafür kommt derjenige Betrag in Frage, der jährlich 60 Millionen Mark aus den Hypothekenzinsen übersteigt. Aus dieser Summe dürfen jährlich 25 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden.

Gewerkschaftsbewegung

Mehrarbeit und Dawes-Plan.

In der sogenannten Denkschrift der Arbeitgeberverbände über die Arbeitszeit wird immer wieder behauptet, daß es eigentlich der „Reinstand“ sei, der Deutschland zur Mehrarbeit zwingt und die Unternehmer lediglich unter dem Zwange dieses Druckes handeln, wenn sie zur Steigerung der Produktion die Arbeitszeit verlängern, das Zweischichtensystem herbeiführen. Die Arbeitslöhne müßten in Deutschland wesentlich niedriger, die Arbeitszeit erheblich länger bemessen werden als im Auslande. Den Gewerkschaften wird in gut gespielter sittlicher Entrüstung vorgehalten, daß sie sich zwar für die Annahme des Dawes-Plans eingesetzt haben, jedoch die sich angebahnt daraus ergebende Konsequenz der Verlängerung der Arbeitszeit bekämpfen.

Es ist nun eine offene Frage, ob die Mehrbelastung des deutschen Volkes durch den Dawes-Plan nicht auf andere Weise als durch eine allgemeine große Arbeitszeitverlängerung weitgemacht werden kann. Nehmen wir nun einmal an, die Unternehmer hätten recht. Sie wollen bekanntlich einen Normalarbeitstag von zehn Stunden. Wie hoch wäre aber die Belastung von Arbeitszeit, die im besten Falle durch den Dawes-Plan entstehen könnte?

In der Zeitschrift „Die Weltbühne“ stellt ein angesehenes Finanzkritiker, der sich bescheiden unter dem Pseudonym „Rorus“ verbirgt, eine Berechnung auf, wie sich die Belastung durch das Dawes-Abkommen in Arbeitszeit ausdrücken würde. Dabei ist selbstverständlich Voraussetzung, daß der Rhythmus der Arbeit infolge der technischen Produktionsbedingungen während der nächsten Jahre nicht gesteigert wird.

Nach den neuesten Berichten gibt es im Deutschen Reich zurzeit 33 Millionen Erwerbstätige. Nimmt man für jeden von ihnen 300 Arbeitstage zu je acht Arbeitsstunden an und die Arbeitsstunde zu je 50 Goldpfennigen — eine gleichartige Berechnung hat früher Rathenau gemacht —, so würde das für ganz Deutschland eine Lohnsumme von 40 Milliarden Goldmark ergeben, bei jährlich rund 80 Milliarden Arbeitsstunden. Im ersten Jahr nach dem Inkrafttreten des Dawes-Plans muß Deutschland etwa 200 Millionen Mark an Reparationen leisten, das heißt die durchschnittliche Arbeitszeit müßte, um diesen Betrag aufzubringen, nur um den 200. Teil oder um täglich 2 Minuten und 24 Sekunden verlängert werden. In den folgenden Jahren stellt sich die jährliche Reparationslast nach dem Sachverständigenplan auf etwa 1 1/2 Milliarden Goldmark, d. h. auf den Wert von 2 1/2 Milliarden Arbeitsstunden. Die tägliche Arbeitszeit müßte also um 14,5 Minuten, eine knappe Viertelstunde verlängert werden. Vom ersten Normalreparationsjahr, voraussichtlich von 1928/29 an, soll dann Deutschland jährlich 2 1/2 Milliarden Goldmark zahlen oder den Wert von 5 Milliarden Arbeitsstunden. Und siehe da: Auch das würde täglich erst eine Mehrarbeit von einer halben Stunde bedeuten.

Die Berechnung geht von der schematischen Voraussetzung aus, daß überall gleichmäßig acht Stunden gearbeitet würde. Das ist selbst nach Einführung des Achtstundentages niemals der Fall gewesen, sondern die Notwendigkeit gewisser zeitweiliger Mehrarbeit ist auf vielen einzelnen Gebieten anerkannt worden. In der letzten Zeit aber, in der Hunderttausende von Arbeitern aus den Betrieben gejagt wurden, weil die Arbeit durch die Unternehmer eingeschränkt wurde, hat man in vielen weiteren Berufszweigen wesentliche Ueberbelastung des Arbeitstages festgestellt. Würde man diese berücksichtigen, so wäre der Anteil der Reparationen, der durch Arbeitszeitverlängerung aufgebracht werden kann, an der Gesamtarbeit noch wesentlich geringer.

Aber die Arbeitszeitverlängerung ist ja eine Forderung, die nicht viel Denkarbeit in Anspruch nimmt und die den Unternehmerprofit wesentlich steigert. Daher auch die struppellose Agitation für die Verlängerung der Arbeitszeit und die Ausübung der „Konjunktur“ zu ihrer Durchführung.

Ushinger will 10 000 M. stiften.

Die Firma Ushinger, deren Arbeitnehmer in der Innungsfrankenkasse der Gastwirte verzeichnet sind, will eine Betriebsfrankenkasse gründen. Weil die überwiegende Mehrzahl ihrer Angestellten sich nicht in eine Betriebsfrankenkasse der Firma pressen lassen will, hat ihr Direktor Bohner ein Flugblatt an die Arbeitnehmerschaft des Betriebes herausgegeben, um für die geplante Gründung Propaganda zu machen. Das Flugblatt enthält die Mitteilung, daß die Firma 10 000 Mark stiften wolle, welcher Betrag als Grundstock der Kasse ausschließlich den Angestellten zugute kommen soll. Die Firma habe die Absicht, den Angestellten und ihren Familienangehörigen im Krankheitsfalle mehr zu leisten als die Innungsfrankenkasse. Der ganze Eifer macht den Angestellten die Sache höchst verdächtig. Sie sind zwar nicht von der Innungsfrankenkasse besonders entzückt, wollen vielmehr nach dem Ausscheiden der Firma Ushinger aus dieser Rolle Mitglieder der Allgemeinen Ortskrankenkasse werden.

In dem Flugblatt wird behauptet, daß die gegen eine Betriebsfrankenkasse erhobenen Einwände unwahr seien. Dagegen wird den Arbeitnehmern das Blau vom Himmel versprochen, damit sie dieser Gründung zustimmen sollen. Die Familienversicherung werde durchgeführt, die Betriebskasse sei Vorläufer eines

Mitersheim's zur Versorgung der nicht mehr erwerbsfähigen Angestellten bis an ihr Lebensende. Es kommt aber nicht auf etwaige gute Absichten an, sondern auf die Leistungsfähigkeit einer Betriebsfrankenkasse, die von vornherein ein stark bezweifelt werden muß. Die Firma hindert durchaus nichts, schon jetzt ein solches Mitersheim einzurichten.

Dem Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten wird in dem Flugblatt vorgeworfen, indem er sich gegen diese Betriebskasse wende — die die Angestellten in ein größeres Abhängigkeitsverhältnis zu der Firma bringt —, arbeite er gegen die Interessen der Belegschaft und treibe als Beschützer der Innungsfrankenkasse auf. Es ist der Firma eben unangenehm, daß auch in diesem Falle der Verband die Interessen seiner Mitglieder vertritt.

Die Firma scheint sich jedoch von ihrem Flugblatt allein nicht die rechte Wirkung zu versprechen. Sie hat daher ihre Direktoren und familiäre Geschäftsführer mobilgemacht, damit diese Unterschriften für die Gründung der Betriebsfrankenkasse erhaschen, da annähernd 1500 Unterschriften gegen die beabsichtigte Gründung vorliegen.

Die Spekulation darauf, daß ein Teil der Angestellten die Unterschrift aus Furcht vor Entlassung der Beigerung leistet, verfehlt zunächst nicht ihren Zweck. Die Angestelltenorganisation ist im Besitz einer ganzen Reihe eidesstattlicher Versicherungen, daß die Unterschrift lediglich deshalb geschrieben wurde, um der Gefahr der Entlassung vorzubeugen. Die Art dieser Unterschriften „Sammlung“ der Firma Ushinger ist deshalb verwerflich.

Wenn die Firma sich ihrer Sache sicher ist, dann möge sie durch eine geheime Abstimmung unter der Arbeitnehmerschaft die Frage der Gründung einer Betriebsfrankenkasse entscheiden lassen. Die bisherigen „freiwilligen“ Unterschriften können nicht als gültig anerkannt werden. Je größerer Eifer aber die Firma für die Gründung einer Betriebsfrankenkasse an den Tag legt, um so schärfer muß der Widerstand der Arbeitnehmer dagegen werden. Die Firma darf keine Betriebsfrankenkasse bekommen. Die Betriebsräte, deren Zustimmung sie bedarf, müssen auf jeden Fall ihre Zustimmung verweigern.

Vom „nationalen“ Arbeitsnachweis.

In unserer Kritik über die Arbeitsvermittlung in dem Arbeitsnachweis des „Nationalen Gewerkschaftsartikels“ in Nr. 391 des „Vorwärts“, war an das Landesarbeitsamt in der Provinz Brandenburg die Frage gerichtet, wie es ein derartiges Spiel mit den Arbeitslosen zulassen könne.

Das Landesarbeitsamt der Provinz Brandenburg teilte uns daraufhin mit, daß diese Frage an die vorerwähnte Adresse gerichtet worden sei, da es nicht zuständig ist. Das ist allerdings richtig, denn der „nichtigewerksmäßige“ Arbeitsnachweis des Nationalen Kartells unterliegt der Aufsicht des Landesarbeitsamtes Berlin. Allein das Berliner Landesarbeitsamt hat keinen Einfluß auf die Stellenangebote der staatlichen Forsten in der Provinz Brandenburg, die dem „Nationalen Arbeitsnachweis“ zugehen. Das Landesarbeitsamt der Provinz Brandenburg müßte darauf hinwirken, daß die staatlichen Forsten ihre Stellengesuche den öffentlichen Arbeitsnachweisen übermitteln.

Es erscheint uns denn doch notwendig, in solchen Fällen die Komplexfrage durch ein Zusammenwirken beider Landesarbeitsämter zu lösen, was um so leichter möglich sein dürfte, als beide Ämter in Berlin ihren Sitz haben. Wenn die Verwaltungen der staatlichen Forsten in der Provinz Brandenburg keine anderen Arbeitsnachweisadressen haben als die des „nationalen“ Arbeitsnachweises in der Kleindorferstraße, dann müßten sie denn doch mit den nötigen Adressen versehen und bei dieser Gelegenheit darüber belehrt werden, daß sie nicht gegen den Staat arbeiten dürfen durch systematische Unterbringung staatsfeindlicher „nationaler“ Stahlhelm-, Roffbach- und ähnlicher Elemente.

Wieder eine kommunistische Säule gestürzt.

Der „Magdeburger Volksstimme“ entnehmen wir: Vor drei Jahren durchliefen die Versammlungen der Magdeburger Metallarbeiter und ganz besonders der Arbeiterlosen die Trompetenschläge eines wachsenden Moskauer: Max Gruson. Keiner konnte so wie er in sittlicher Entrüstung über die „verräterischen Bonzen“ machen, keiner auch so unerschrocken kommunistischen blauen Dunst blasen. Und während seiner wüsten Bonzenhegen bewarbt sich Gruson selbst mit Erfolg um einen solchen „Bonzen“-Posten in Eisenach. Er wurde dort erster Bevollmächtigter im Metallarbeiterverband und die Zahlstelle unter seiner glänzenden Leitung bald auf knapp ein Drittel ihrer Mitglieder zurück „revolutioniert“.

Solchen Revolutionär wollten die Erfurter Kommunisten schon lange haben, und bald war Gruson dort, wieder als erster Bevollmächtigter. In Erfurt aber fand Grusons ultraradikale Kaufbahn ein jähes Ende. Das kommunistische Thüringer „Rote Echo“ bringt unter Parteinachrichten folgende Mitteilung:

Die beiden Verhandlungsangestellten Max Gruson (Erfurt, Metallarbeiterangestellter) und Otto Weigt (Erfurt, Bauarbeiterangestellter) wurden wegen unkommunistischen Verhaltens und Disziplinbruchs aus der Partei ausgeschlossen.

Das „unkommunistische Verhalten“ des Gruson dürfte in seinem Verrat am Achtstundentag zu suchen sein.

Ein Schiedsgericht sollte einen Schiedspruch für die Metallindustrie fällen. Gruson war Beisitzer der Arbeitnehmer und schiedte

für drei Pfennige Lohnzulage pro Stunde einen Passus, der diese Zulage allen Metallarbeitern verweigert, die am Achtstundentag festhalten. Nur wer den Achtstundentag schließt, sollte die Zulage erhalten. Dazu gab der große „Revolutionär“ Gruson seinen Segen. Die Tarifkommission aber, die in der Mehrzahl aus „verräterischen Sozialdemokraten“ besteht, lehnte diesen Schiedspruch ab.

Diesen eines Selben würdigen Streich hätten die Kommunisten ihrem Gefinnungsgenossen schließlich noch verziehen. Unvergleichlich aber erschien ihnen der „Disziplinbruch“, den Gruson bei folgender Gelegenheit verübte.

Vor den Erfurter Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionären hielt Genosse Knoll vom Vorstand des ADB, einen Vortrag über das Sachverständigengutachten. Die Leitung der kommunistischen Partei verlangte von Gruson, daß er in dieser Versammlung dem Referenten Knoll entgegengetreten und den Standpunkt der Kommunisten gegen das Gutachten vertreten sollte. Das brachte Gruson nicht fertig. Einmal schrie er seine Lust zu haben, sich in so kurzer Zeit zweimal hintereinander zu blamieren. Weiter aber scheint bei Gruson die einfache Ueberlegung aus der wirtschaftlichen Praxis, dem brachliegenden Geschäftsgang, sich gegen die rein agitatorisch-kommunistische Bekämpfung des Sachverständigengutachtens durchzusetzen zu haben, weshalb er die Zustimmung der KPD-Leitung ablehnte. Damit aber war Max Gruson für die kommunistische Partei erledigt. Sie verzieht alles, nur das eine nicht, daß ihre Anhänger vernünftig denken und handeln, anstatt automatisch die Moskauer Befehle auszuführen.

Uebrigens ist es interessant, darauf hinzuweisen, daß auch dieser Fall einer kommunistischen Säule nur einer unter vielen ist. Genau so, wie der Austritt des kommunistischen Betriebsrats Kalkowski von der Firma Soeme in Berlin von Ruth Fischer mit guten Gründen als symptomatisch für die Berliner Verhältnisse bezeichnet worden ist, kann man sagen, daß der Ausschluß Grusons bezeichnend für die Verhältnisse in der KPD überhaupt ist. Es ist doch kein Zufall, daß diese Ausschüsse gerade auf Grund der Meinungsverschiedenheiten über das Sachverständigengutachten sich immer mehr häufen. Wir haben erst vor wenigen Tagen darauf hingewiesen, daß J. B. in Chemnitz einer der maßgebendsten Führer der Kommunisten, der Stadtverordnete Hausding, ausgeschlossen wurde, weil er sich weigerte, in öffentlicher Versammlung gegen seine Ueberzeugung den kommunistischen Blödsinn der Ablehnung des Gutachtens zu verteidigen. Es würde sich lohnen, wenn die KPD-Zentrale einmal eine Statistik über die Ausschüsse von führenden Funktionären vorlegen würde, die sie in den letzten Wochen vollzogen hat, weil ihre Bahnsinnspolitik die eigenen Anhänger immer mehr vor den Kopf stößt.

Ergebnislose Verhandlungen im Bergbau.

Bohnum, 21. August. (Eigener Dachtbericht.) Am Donnerstag wurde in Essen zwischen Vertretern der Bergarbeitergewerkschaft und des Zechenverbandes über die Frage der südlischen Randzichen verhandelt. Die Arbeitgeber legten einen neuen Vorschlag vor, der gegen die bisherigen Forderungen eine wesentliche Erweiterung bedeutet. Die Zahl der Zichen, die unter die südlische Randzichen-Klausel fallen, sollte von 40 auf 50 erweitert und der vorzuziehende Protzenlag, um den in der Lohnordnung festgesetzte Löhne unterschritten werden können, von 10 auf 12 1/2 Proz. erhöht werden.

In den Verhandlungen der Parteien konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Es wurde ein Schlichtungsausschuß unter Vorsitz des Schlichters für Rheinland-Westfalen gebildet. Auch die Schlichtungsverhandlungen führten zu keinem Ergebnis. Von den Arbeitnehmern wurde ein Angebot gemacht. Dazu wurde von den Arbeitgebern erklärt, daß auf der Grundlage dieses Angebotes eine Verständigung nicht möglich sei. Die Arbeitnehmer stellen dann einen Verlangungsantrag, um nochmals mit ihren Mandatgebern Fühlung zu nehmen. Die neuen Verhandlungen wurden auf den 2. September festgesetzt.

Die Starbohmern-Verwaltung der an Polen abgetretenen ehemals deutschen staatlichen Gruben hat gestern 1500 Arbeitern die Arbeit gekündigt.

Die Schuhmacher in Warschau streiten in allen Gadrillen und Werkstätten.

Verband der Zimmerer. Alle Verbandstätigkeiten werden hierdurch nochmals darauf hingewiesen, daß am Sonnabend, den 23. August, in allen Bezirken die Wahlen für die politische Erhebung zur Ausgabe gelangen. Um volle Beteiligung und Unterstützung der Bezirksleitungen wird ersucht. Der Vorstand.

Wahlung, Siemens-Konzern! Heute nachmittag 4 1/2 Uhr in den Festhallen Glanzschloß, Schloß 4, große Mitgliederversammlung der SPD-Gruppen sämtlicher Werke. Empörung über den Bericht 1. Bericht des Reichsministers A. D. K. Biffell über das Sachverständigengutachten, 2. Wahlzettel. Des Erfurten sämtlicher Parteigenossen wird bestimmt erwartet. Des Konzernfunktionärsverband.

Bevollmächtigter für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Erwin Cederhaus; Gewerkschaftsbewegung: Friede, Ehlers; Revolution: A. D. Pöcher; Soziales und Sonstiges: Fritz Kerschütz; Anzeigen: Th. Glaser; sämtlich in Berlin. Verlag: Central-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Central-Verlag-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2, Dierz 2, Weißagen.

Sophien-Säle 1400 St. für Versammlungen, Vereinslokale etc. Nordend 9296 Sophienstr. 17

HERMANN Tietz BILLIGE Lebensmittel

Verkauf soweit Vorrat

Wurstwaren		Konzerven		Frisches Fleisch		Kolonialwaren		Käse	
Leberwurst... Pfund	53 Pf.	Spinat.....	65 Pf.	Hammelfleisch (Dioke Rippe)..... Pfund	70 Pf.	Kalbskeulen..... Pfund	85 Pf.	Vikt.-Erbsen Pfund	18 Pf.
Rotwurst.... Pfund	58 Pf.	Gemüse-Erbson ..	68 Pf.	Hammelfleisch..... Pfund	75 Pf.	Schweineschulterblatt..... Pfund	1.00	Weizenmehl Pfund	18 Pf.
Sülzwurst... Pfund	55 Pf.	Erbson mit gewöhnlichen Karotten.....	72 Pf.	Hammelfleisch..... Pfund	85 Pf.	Schweineköpfe (gekoppelt) Pfund	30 Pf.	Bandnudeln Pfund	19 Pf.
Hausmacherw. Pfl.	95 Pf.	Leipziger Allerlei ..	83 Pf.	Kalbskamm..... Pfund	75 Pf.	Ochsen-Suppenfleisch (mit prim. Fett) Pfund	45 Pf.	Tafelreis Pfund	19 Pf.
Fleischwurst Pfund	98 Pf.	Junge Erbsen.....	75 Pf.	Kalbsrücken..... Pfund	80 Pf.	Ochsen-Schmorfleisch..... Pfund	70 Pf.	Weizengriess Pfund	21 Pf.
Bauernmettw. Pfund	1.00	Gemishtes Gemüse 1.10						Kartoffelmehl Pfd.	21 Pf.
Mettwurst n. Braunschweiger Art.....	1.10	Brechspargel cann	2.20						
Jagdwurst..... Pfund	1.25	Stangenspargel cann	2.50						
Teewurst..... Pfund	1.40	Süsskirschen m. St.	98 Pf.						
Ausl. Speck (mit Nager).....	85 Pf.	Heidelbeeren.....	98 Pf.						
Schinkenspeck Pfl.	1.00	Sauerkirschen mit Wein	1.00						
Corned Beef Doos ca. 2 Pfund.....	98 Pf.	Erdbeeren.....	1.00						

Sonder-Angebot!		1922er Dürkheimer Rotw. mittelw. Tischwein		1922er Pomerol mandiger Bordeauxwein	
Vorzügl. weisser Tarragona.....	2.25 20.00	1.00 15.00	1.00 15.00	1.50 17.50	1.50 17.50
Sonnengartner rotw. spanischer Süsswein.....	2.00 18.00	1.00 15.00	1.00 15.00	1.50 17.50	1.50 17.50
		1.00 15.00	1.00 15.00	1.50 17.50	1.50 17.50

Die Weinpreise verstehen sich ausschließlich Flasche und Steuer!

Theaterelend.

Die Stellungenlosigkeit unter den Schauspielern. — Der Niedergang der Theater.

Die aufsehenerregende Pressenotiz, neunzig Prozent aller Bühnenkünstler seien ohne Engagement, läßt die Öffentlichkeit aufhorchen. Wie der Variété-Stellennachweis — ohne statistische Grundlage — versichert, ist diese erschreckend hohe Ziffer entschieden zu hoch gegriffen, zumal die Mehrzahl der deutschen Theater über Sommer geschlossen bleibt, die Mitglieder also gezwungen sind, falls sie nicht Jahresverträge besitzen oder an ein Kur- bzw. Freilichttheater verpflichtet werden, einige Monate zu pausieren. Ist die Winterzeit beendet, eilen die nicht Engagierten nach Berlin, dem Theaterzentrum, um mit den Agenten in Verbindung zu treten. Auch die Direktoren aus allen Teilen des Reiches finden sich hier ein, um neue Mitglieder zu werben.

Das Warten auf der Agentur.

Die deutsche Bühnengenossenschaft besitzt eine Agentur in der Französischen Straße. Da sitzen auf engem Korridor Schauspieler und Sänger mitunter stundenlang, auf den in Aussicht gestellten Besuch irgendeines Bühnenleiters wartend. Alle Bekannte treffen sich hier wieder, und mancher feindselige Blick trifft diesen oder jenen Kollegen, dessen Rivalität man fürchtet. Hoffnungslos findet man sich ein, um vielleicht nach endlosem Warten müde und enttäuscht wegzugehen. Mit hungriger Kehle singt ein Tenor den Jock, oder eine Sentimentale spricht mit vor Aufregung zitternden Akten den Griechen-Monolog. Täglich wiederholt sich daselbe, und das Antikambrieren wird zur Gewohnheit. Um den Aufenthalt in dem teuren Berlin zu ermöglichen, flüchten die meisten oder treten gelegentlich in einem Kabarett auf. Glücklich diejenigen, die irgendwelche Beziehungen haben, und die, die hier bei Verwandten wohnen können. Denn Eripapir hat der Provinzmime in den seitenssten Fällen machen können. Seine Kleidung verdirbt viel Geld. Sie muß möglichst elegant sein, um Reichtum an Garderobe vorzuliegen zu können. Das Reuere spielt bei Theaterleuten immer noch die größte Rolle, müssen sie doch oftmals in Bezug auf die Mode tonangebend sein, was die halbtönen Charaktere unter den weiblichen Mitgliedern zuweilen leider der Prostitution in die Arme wirft.

Die Ursachen der Schauspielermisere.

Der Zustrom zur Theaterlaufbahn ist im allgemeinen wenig gehemmt, wenn auch zahlreiche Künstler „umfallen“, ein übrigens schwieriges Unternehmen, da Behörden und Geschäfte ihnen nur vorurteillos begegnen, was berechtigt sein mag, wenn der Arbeitssuchende keinerlei Vorbildung besitzt. Es empfiehlt sich deshalb schon aus diesem Grunde, sich Kenntnisse auf anderen Gebieten anzueignen, bevor man seine Zukunft auf die unsichere und von tausend Zufällen abhängige Theaterregistrierung gründet. Gibt es doch in Berlin beispielsweise Bühnenkünstler, die gezwungenermaßen als Elberfelder sich einen Nebenverdienst suchen. Die gegenwärtige Mindestgage beträgt etwa 150 M. monatlich und bedeutet für den Schauspieler ein hohes Einkommen. Denn tatsächlich verdient er vielfach weniger, da es Kollegen gibt, die sich den Theaterdirektoren unter Mindestgage anbieten, bloß um ein Engagement in Berlin zu haben, welches über Vermögen oder sonstige Einkünfte verfügt. Das Angebot ist jedenfalls auch hier ganz bedeutend größer als die Nachfrage. Der Krebschaden ist und bleibt vor allem das Staccato, was die sich das deutsche Theater, Berlin an der Spitze, entwickelt hat. Die Prominenten verschlingen die ohnedies schlichten Einkünfte des Theaters, das nach dem Krieg in pekuniärer Hinsicht stark gelitten hat, und die zweiten und dritten Besetzungen müssen sozusagen leer ausgehen. Die Gagen erster Darsteller sind ja hinreichend bekannt; sie werden auf Kosten der Kollegen gezahlt, die herzlich froh sind, wenn sie sich im Romanischen Café dem Treffpunkt, eine Tasse Kaffee leisten können. Es gibt Künstler, die sich mit eigenem Wagen an den Autoren in Baden-Baden beteiligen, während diejenigen, die zu Fuß gehen müssen, weil Untergrundbahn und Straßenbahn zu teuer ist, gar nicht zu zählen sind. Die Lage des Theaters ist keine glückliche mehr, was allein unsere mitschuldigen wirtschaftlichen Verhältnisse bedingen. Wohl liest man ab und zu

von neuentworfenen Bühnen, deren Schließung infolge finanzieller Krisen dann in kurzer Zeit erfolgt. Im Reich haben bereits mehrere Theater ihre Pforten schließen müssen. Wo bleiben aber die Mitglieder? Sie kommen regelmäßig nach Berlin, der Stadt der hundert Möglichkeiten, hier ein besseres Fortkommen erhoffend; in Wirklichkeit das Theaterelend nur vergrößern helfend.

Wie wird geholfen?

Die Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger ist durch die Ungunst der Zeitverhältnisse nicht mehr in der Lage, ihre Mitglieder in erforderlicher Weise zu unterstützen; zwar zahlt sie in dringendsten



Auf der Schauspielagentur.

Notfällen kleine Darlehen, die der Künstler wiederum schmerzlich wird zurückerstatten können oder doch nur unter neuen Entbehrungen. In früheren Jahren gewährte die Organisation Unterstützungen, die wegfallen müssen, weil augenblicklich so gut wie keine Beiträge eingehen sollen; im Herbst hofft man wieder Zahlungen leisten zu können. Private Leistungen unterbleiben wohl, zumal die Zeiten der Mäzenatentum vorüber sind. Die brotlosen Schauspieler sind mithin gezwungen, Zeitungen zu verkaufen oder sich als Agenten eines Verordnungsamtes abzugeben. „Schadet nichts!“ werden andere Erwerbstätige sagen, die sich in ähnlicher Lage befinden. Die ungeheuren Anstrengungen intensiven Künstlerstrebens werden dabei leicht unterschätzt; der Schauspielberuf erschöpft allmählich die, die ihn ausüben, müssen sie sich doch Abend für Abend feilsch und geizig völlig ausgeben, von körperlichen Strapazen zu schweigen. Deshalb verdienen diese zu Unrecht so beneideten Mittel und Hilfe in gleichem Maße, wie sie auch den Arbeitslosen anderer Berufe gebracht wird.

Wenn es nichts kostet . . .

Diesem Sommer unseres Mißvergnügens mit den ständig steigenden Preisen und der Geldknappheit war es erst vorbehalten, daß man in Berlin auf Schritt und Tritt alles Mögliche und Unmögliche geschenkt erhält, was man so geschenkt nennt. Der Verkäufer verschont und verdient auf diese Weise ein schönes Stück Geld. Viele Berliner sind denn auch längst bekehrt und wollen von der menschenfreundlichen Absicht der Geschäftleute nichts wissen. In Berlin hat man noch niemals etwas verschont, kann auch niemand etwas gratis abgeben, und daher hat es von jeher sehr vielen Menschen ein geradezu unbändiges Vergnügen bereitet, sich etwas durch List und Tücke gratis und franco zu verschaffen. Man soll aber dabei nun nicht gleich mit den groben Worten Betrug und Gaunerei um sich werfen, sondern diese Sucht, sich um eine Zahlung, und sei sie auch noch so klein, herumzubringen, als eine psychologische Naturliebe betrachten. In anderen Großstädten liegen im übrigen die Verhältnisse genau ebenso. Ueberall ist der Kampf hart auf hart, niemand kennt die Worte Mitleid und Erbarmen, das Wort Egoismus wird ganz groß geschrieben, und bietet sich nun doch mal die Gelegenheit, etwas zu erhalten, ohne bezahlen zu brauchen, greift man gierig nach dieser günstigen Gelegenheit und sieht darin so etwas wie ausgleichende Gerechtigkeit. Oder bildet es sich wenigstens ein.

In der Straßenbahn kann man das immer wieder beobachten. Da steigt einer ein, er hat die fünfzehn Pfennige schon gezahlt und war durchaus willens zu bezahlen. Aber der Schaffner kommt nicht sofort zu ihm, weil der Wagen stoppbedürftig voll ist, die Fahrt geht weiter und weiter, er nähert sich seinem Ziel, und nun hat er nur noch den einen Gedanken, und der heißt: nicht bezahlen. Die Ruhe des Schaffners: „Ist noch jemand ohne Fahrkarte?“ verhalten in dem übermäßig vollen Wagen, er hat sie nicht gehört, oder seine Ohren funktionieren gerade so schlecht, und dann ist endlich sein Reiseziel erreicht, und schnell springt er ab, bevor der Wagen hält, um nicht noch im letzten Augenblick dem Revisor in die Hände zu fallen. Er ist umsonst gefahren, er hat fünfzehn Pfennig gespart und strahlt. Keinen Augenblick kommt ihm der Gedanke, daß er soeben einen Betrug begangen hat, der ihn vor den Sitofrichter bringen kann. Wobei man freilich nicht zu erwähnen vergessen darf, daß das arme Luder, das keinen Pfennig besitzt und hundemüde ist, sofort ergriffen wird bei dem Versuch, schwarz zu fahren, und bei der nächsten Haltestelle unter den Verwünschungen des Schaffners und entrüsteten Worten der anderen Fahrgäste an die frische Luft gesetzt wird.

Ein anderes Bild. Irgendwo steht eine öffentliche Wage, die gegen Einwurf eines Zehnpfennigstücks das Gewicht anzeigt. Ein Schlauer hat herausgefunden, daß der Automat nicht funktioniert, oder richtiger gesagt, so gut funktioniert, daß sich für das Geldstück, das der eine geopfert hat, sehr viele andere wiegen lassen können, wenn sie sofort die Plattform der Wage betreten, nachdem der Vormann sie noch nicht ganz verlassen hat. Und siehe da. Bald steht man an, um sich umsonst wiegen zu lassen, und alle Welt ist glücklich darüber, daß es nichts kostet.

Die Automaten wollen sich übrigens, das sei hier eingefügt, nicht wieder recht einbürgern. Die Fahrkartenautomaten zum Beispiel auf den Bahnhöfen der Stadt- und Ringbahn werden fast gar nicht benutzt, trotzdem die Verwahrung durch besondere Schilder und Hinweise jetzt auf sie aufmerksam gemacht hat. Man traut ihnen nicht recht, aber sie sind wirklich besser als ihr Ruf.

Hunde-Razzien.

Zur Bekämpfung der Tollwut ist neuerdings eine Reihe von teilweise bereits bekannten Bestimmungen herausgegeben worden, die — worauf besonders hingewiesen werden muß — sich auch mit dem Fortfangen der herrenlosen Hunde befassen. Diese verwerflichen Tiere, die ungepflegt und lungernd die Straßen Berlins durchstreifen, bilden die Hauptquelle für die Verbreitung der Tollwut. Zu ihrer Beseitigung sind deshalb umfangreiche Maßnahmen getroffen worden. In Zukunft werden täglich vier bis fünf Fahrzeuge einen Streifendienst versehen. Diese Fahr-

Die Rebellion.

Roman von Joseph Roth.

Manchmal dachte Andreas, daß es notwendig wäre, sich wieder vernehmen zu lassen. Und einmal, als der Direktor der Strafanstalt, wie er es jede Woche, seiner Vorschrift gemäß tat, die Zelle inspizierte, erzählte ihm Andreas seine Geschichte. Der Direktor war ein sehr strenger Mann, aber er glaubte, daß der Bestand des Staates von dem Ausmaß der Gerechtigkeit abhängt, die in seinen Grenzen zur Anwendung gebracht werde. Er ließ ein Protokoll mit Andreas Pum aufnehmen und versprach, „die Sache in die Wege zu leiten“.

Von diesem Tage an erfüllte Andreas Pums Brust eine neue kleine Hoffnung. Zwar wußte er nicht, zu wem er zurückkehren sollte. Zwar hatte er das wichtigste verloren, das ein Mensch in Freiheit nötig hat, um mit frohem Sinn und Erfolg verheißender Kraft ein neues Leben zu beginnen: den Glauben nämlich, die Heimat der Seele. Und auch sein Körper hatte keine Heimat mehr. Von Katharina wollte er sich scheiden lassen. Wahrscheinlich hätte sie selbst schon die Scheidung eingereicht. Sollte er zu Willi zurückkehren? Ein Straßenbettel werden? Würde er auch die Lizenz wieder kriegen? War es nicht überhaupt besser, er blieb in dieser Zelle, freiwillig, ein Leben lang?

Eines Tages erwachte er sehr früh. Er wußte nicht, wie spät es war, es konnte jedenfalls noch nicht sechs sein. Denn um sechs wurden die Sträflinge geweckt. An der Stelle, an der sein Bein abgesetzt war, verspürte er Schmerzen. Es mußte sich irgendeine bedeutsame Aenderung des Wetters zugetragen haben. Plötzlich wurden leise plinkende Tropfen vernehmbar. Es regnete offenbar.

Andreas stand auf. Er schnalzte seine Krücke an und stellte sich unter das Fenster. Jetzt hörte er den Regen ganz deutlich. Wäre das Fenster nicht in so tiefer Mauerdurchung eingefaßt gewesen, so hätte der Regen sogar an die Scheiben getrommelt. So klatschte nur von Zeit zu Zeit ein einzelner Tropfen gegen eine Gitterstange. Jedenfalls aber stand fest: es regnete.

Auf einmal erwuchs aus verschütteten Jahren ein Tag aus Andreas' Jugend. So war er einmal mitten in der Nacht aufgestanden, von Erwartung und Unruhe getrieben und hatte festgestellt, daß die Nacht des langen Winters gebrochen war. Damals hatte er den Morgen gar nicht erwarten können und auch jetzt konnte er es kaum. Was erschütterte ihn denn

eigentlich so? Jahr um Jahr war er gewohnt, den regelmäßigen Wechsel der Jahreszeiten zu erleben und seit mehr als dreißig Jahren hatte auf ihn der erste Regen keinen Eindruck gemacht. Er mußte weit zurückgreifen in die verschollene Jugend.

Und er sah die enge Gasse der ganz kleinen Stadt, in der er geboren war und wie sie den einziehenden Frühling begrüßte, ihm spielende Kinder entgegenlächelte und große Wasserbottiche, in denen sich das Regenwasser fangen sollte; wie sie ihre Kanalgitter öffnete, weil sie verstopft waren, und wie der Regen ungehemmt und in rastlos stürzenden, schäumenden, gurgelnden Fluten in die Untergründe der Gasse drang, wie die schmutzigen winterlichen Schneereife an den Rändern des Bürgersteigs mit vernichtender Wut verschwinden, zerrennen. Nichts werden ließ.

Ach, es wurde Frühling und er sah es nicht! Die Welt änderte sich und er war gefangen.

Jetzt klopfte der Wärtter und Andreas rief „Hier!“ so schnell, daß der vorsichtige Beamte die Tür aufschloß und den angeklebten Andreas mit verwundertem Mißtrauen betrachtete. „Schon auf?“ fragte der Wärtter.

„Mein Knie schmerzt so!“ antwortete Andreas. „Heut ist kein Ausgang!“ — sagte der Wärtter und schloß die Tür.

Oh, warum war heut kein Ausgang? Die Finsternis lachte sich, löste sich langsam in das gewohnte Dunkelgrau auf. Es wurde Tag. Der Regen wurde stiller. Auf einmal begann ein Vogel zu zwitschern. Eine ganze Vogelgruppe zwitscherte. Einige Spatzen drängten sich gegen das Gitter. Sie schrien und schlugen mit den Flügeln.

Andreas betrachtete die Vögel und lächelte. Er lächelte mild, wie ein Großvater, der seinen spielenden Enkel zusieht. Niemals hatte er sich um Spatzen sonderlich bekümmert. Jetzt schien es ihm, als hätte er eine alte Schuld an sie abzutragen. Er hätte sie gerne mit Brotkrumen gefüttert.

Er nahm sich vor, den Wärtter darum zu bitten. Als man ihm das Frühstück brachte, hat er den Wärtter, einen Augenblick zu bleiben.

„Hören Sie,“ sagte er, „bringen Sie eine Leiter! Ich möchte den armen Spatzen ein paar Brotkrumen streuen.“ Wenn Andreas dem Wärtter zugemutet hätte, ihm die Schlüssel zu allen Zellen herauszugeben, die Ueberraschung wäre nicht größer gewesen. Der Beamte verließ hier seit 26 Jahren seinen Dienst. Von all den tausenden Häftlingen,

die seiner strengen Obhut anvertraut gewesen, hatte noch keiner einen solch verrückten Wunsch geäußert. Der Wärtter dachte, von seinem beruflichen Argwohn gefaßt, der seine zweite Natur geworden war, zuerst an eine List des Häftlings. Er beleuchtete mit seiner Taschenlampe Andreas, um dessen Gesicht zu erforschen.

„Wie kommen Sie darauf?“ sagte der Wärtter. „Sie tun mir sehr leid. Die armen Vögelchen!“ sagte Andreas mit einer solch erschütternden Stimme, daß der Wärtter zu glauben anfang, Andreas sei verrückt.

„Lassen Sie sich nicht auslachen!“ sagte er. „Der Herr sorgt für die Vögel. Essen Sie lieber das teure Brot allein!“

„Meinen Sie?“ sagte Andreas. „Ist es so sicher, daß Gott für die Vögel sorgt?“

„Das ist nicht Ihre Sache!“ erwiderte der Beamte. „Und meine auch nicht. Wozu hat man denn die Gesetze? Ich kenne meine Vorschriften. Es ist verboten, Leitern in die Zellen zu bringen. Wenn Sie krank im Gehirn sind, müssen Sie sich beim Herrn Doktor melden! Ich kann Sie ja aufschreiben, dann kommen Sie zur Morodienststelle. Wenn Ihnen der Herr Direktor es erlaubt, dann können Sie ja auch die Vögel füttern. Aber ein Besuch müssen Sie machen.“

„Ich will ein Besuch machen!“ sagte Andreas.

Der Beamte notierte den Wunsch in sein Dienstbuch. Nach einer Stunde brachte er Papier, Tinte und ein Pult. „Schreiben Sie Ihr Besuch“ sagte er, „der Herr Direktor hat es erlaubt.“

Andreas bat den Beamten um Hilfe. Dieser entzündete eine Kerze und zog seine Brille an. Dann diktierte er:

„An die hochwohlwollende Direktion!

Endesgefertigter erlucht um die Bewilligung, einmal täglich den Spatzen sowie Vögeln anderer Art an den Fenstern seiner Zelle Brot und Speisereife auslegen zu dürfen.“

Unterschrift: Andreas Pum, derzeit Häftling.“

Dieses Besuch steckte der Beamte ein.

Am Nachmittag kam der Doktor. Er hegte Zweifel an der geistigen Gesundheit Andreas Pums. Er begann, sich mit dem Häftling zu unterhalten. Andreas ergriff die Gelegenheit, auch dem Arzt seine Geschichte zu erzählen.

Der Doktor tröstete. Der Direktor, sagte er, würde schon die Sache in die Wege leiten. Andreas möge nur Beruhigen haben.

(Fortsetzung folgt.)

Wirtschaft

Anleihe und Währung.

Die zwiespältige Lage auf dem deutschen Kapitalmarkt hat sich in der jüngsten Zeit noch verschart.

Das die Durchführung der 800-Millionen-Anleihe einen günstigen Einfluß ausüben wird, kann nicht bezweifelt werden.

Bleibt nun die Notwendigkeit, den Umlauf an Zahlungsmitteln in Deutschland entsprechend dem der Reichsbank zu erhöhen?

Deutschland leide heute schon bei einem Zahlungsmittelumlauf von nur etwa 3 Milliarden Mark unter Inflationsercheinungen.

Das Reichsfinanzministerium scheint die gebotene Vorsicht bei der Geldzirkulation nicht werten zu lassen.

Auf der einen Seite wäre also der Abfluß einer beträchtlichen Menge von Devisen zu erwarten...

Arbeitslohn und Handelsbilanz.

Die Bedeutung der Lohnfrage für die Wirtschaftlichkeit der Industrie behandelt Henriette Fürth in einem Aufsatz.

Table with columns for industry (Spinnerei, Weberei), years (1914, 1923), and percentage (1.1-20, 10, 1923).

In der Brauindustrie stieg der Lohnanteil am Preis von 12,26 vor dem Kriege auf 22,27 Proz.

Das Brauergewerbe allein zeigt eine andere Entwicklung, während in anderen Industrien das gleiche Verhaltis gilt.

Geht so der Lohn als entscheidender Preistest gegenüber anderen, zu denen mit in erster Reihe das uberriebene Gewinnstreben der Unternehmer zu rechnen ist...

Die Verfasserin betont, daß der Druck auf eine schon stark verelendete Arbeitnehmerschaft auf die Dauer dem Volksganzen schweren Schaden bringen muß.

H. Fürth, gewiß eine der berufensten Beurteilerinnen, weist darauf hin, daß schon 1914 der Lohn nur in einer kleineren Zahl von Fällen zur Erhaltung einer Familie ausreichte.

Reichsbank. Die gesamte Kapitalanlage der Reichsbank erfuhr in der zweiten Augustwoche...

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Table listing various food items like Gerstengraupen, obgetreide, Kakao, etc., with prices in Reichsmark.

Goldmillionen. Die in der Vorwoche eingetretenen Rückflüsse an Zahlungsmitteln verstärkten sich.

Zur Stilllegungsaktion im Kalbergbau. Der Wintershall-Konzern hat die Beteiligung der Kallwerke Ummendorf-Eisleben u. S. (Bezirk Magdeburg) für 30 Jahre übernommen.

Londoner Konferenz und Leipziger Messe. Die Londoner Konferenz ist für die bevorstehende Leipziger Herbstmustermesse gerade noch rechtzeitig zu Ende gegangen.

Französische Ernahrungsjorgen wegen der Valutano. Wie aus Paris gemeldet wird, beschloß sich der Ministerrat unter Vorbehalt des Ministerpräsidenten Herriot mit der Teuerung...

Arbeitersport.

Arbeiter-Sport- und Kulturkartell Neukoln.

Vom 24. bis 30. August findet eine Sportwoche statt, die am kommenden Sonntag mit einem großen Wettbewerbsfest beginnt.

Ringer- und Federweichtreiter in Friedrichsfelde. Ein Ereignis für die Schwerkatholikwelt und ihre Anhänger ist der 24. August.

Die Freie Künstlergruppe 'Sust' veranstaltet am Sonntag, den 24. August in Reichslof (Koffengarten)...

Freie Turnerschaft Obersteinburg. Heute, Freitag, abends 7 1/2 Uhr, turnt die Männer- und Jugenabteilung in der Sandweierfeld Wilmersdorfer Granche.

Arbeiter-Radfahrer-Bund 'Solidarität', Ortsgruppe Berlin. Lauren ihr Sonntag, den 24. August, 1. Abt. Gemmerfeld in Jochenbrunn...

Briefkasten der Redaktion.

2. 51. Wir haben die Mitteilung so verifiziert, wie sie uns zugegangen. Wir sind auerstands, nähere Mitteilungen zu machen.

HEVITAN Nahrpreparat nach Prof. Dr. Reyher. Bewährt bei nervösen Störungen, Appetit und Korperegewicht nehmen zu.

Massary und unsere Reklame. ROAL 5s. Eine Zigarette von Rang. Wir werben immer wieder frisch und sind dabei erpinnerisch, weil wir im Stoffe untertauchen und selber nur Massary rauchen. Dofft 6s. Edel wie der Name.

Der Skandal von Weimar.

Antwort, Herr Reichsinnenminister Dr. Jarres!

Landtagsabgeordneter Genosse Frölich hat in seiner Eigenschaft als thüringischer Reichstagsabgeordneter an den Herrn Reichsinnenminister Dr. Jarres ein Schreiben gerichtet, welches wir unten folgen lassen. Je eine Abschrift des Schreibens ist dem Herrn Reichspräsidenten sowie dem Herrn Reichstanzler Dr. Marx übermittelt worden. Wir sind gespannt, was der Herr Reichsinnenminister Dr. Jarres auf Grund des Schreibens seinem Parteifreund Dr. Leutheusser gegenüber unternehmen wird. Herr Dr. Jarres war es bekanntlich, der im Vorjahre die Reichssekretive nach Thüringen geschickt hat auf Veranlassung der deutschvölkischen Faschisten.

Herr Dr. Jarres war es, der um die Jahreswende 1923 einen Reichskommissar der thüringischen sozialistischen Regierung auf die Nase setzen wollte, obwohl eine Veranlassung hierzu nicht vorlag.

Was wird Herr Dr. Jarres unternehmen gegenüber der Leutheusser-Sattler-Regierung in Thüringen? Wird er die Leutheusser-Sattler-Regierung am Ruder lassen, die den Hochverrätern Ludendorff, Dinter und Genossen den besten Erfolg zu ihrer Arbeit wünschten?

Wir warten auf Antwort, Herr Reichsminister!

Das Schreiben des Genossen Frölich hat folgenden Wortlaut:

Weimar, den 20. August 1924.

An den Reichsminister des Innern, Herrn Dr. Jarres, Berlin, Herr Reichsminister!

Angesichts der Erfahrungen, die ich als Vorsitzender des Thüringischen Staatsministeriums um die Jahreswende 1923/24 hinsichtlich der Auswirkung der Artikel 15 und 130 der Reichsverfassung zu sammeln in die Lage versetzt worden war, halte ich mich heute als Mitglied des Deutschen Reichstags für verpflichtet, Ihnen, Herr Reichsminister, im Nachfolgenden einen Ueberblick über neuerliche Vorgänge in Weimar zu geben.

Unter Berücksichtigung Ihres Vorgehens wegen angeblichen Verstößen gegen die Reichsverfassung gegen die frühere Thüringische Regierung, die Sie durch einen Reichskommissar zu ersetzen die Absicht hatten, darf ich als selbstverständlich annehmen, daß Sie, Herr Reichsminister, in diesem Falle Veranlassung nehmen, für die strenge Einhaltung der Reichsverfassung Sorge zu tragen.

In Weimar fand am 15. und 16. August die erste Tagung der Nationalsozialistischen Freiheitspartei und am 17. August ein sogenannter Tag des deutschen Kulturbekennnisses statt. Die Thüringische Regierung ist entgegen ihrer Haltung republikanischen Vereinigungen gegenüber den Wünschen der Nationalsozialistischen Partei nicht nur in entgegenkommendster Weise hinsichtlich ihrer Veranstaltungen gerecht geworden, sondern hat sie verständnisvoll gefördert.

Im Gegensatz zu dem Verhalten der Thüringischen Regierung bei der Herabhebung Ihrer Bestimmungen über den Ausnahmezustand dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold gegenüber, dem zu seiner Verfassungsfeste ein Fackelzug und Frühweckruf in Weimar verboten wurde, war es der Nationalsozialistischen Freiheitspartei gestattet, in der Frühe die Einwohner aus ihrem Schlummer zu wecken, bis tief in die Nacht Konzerte zu veranstalten und anschließend in den Straßen, selbst in unmittelbarer Nähe von Krankenhäusern, zu traktieren. Gebildet wurde auch, daß vursprechende antisemitische Reden vor den „Truppen“ gehalten wurden.

Im Gegensatz zu dem Verbote eines Festzuges mit anschließender Rundgebung für den Frieden und die Republik zur Sonnenwendfeier der sozialistischen Arbeiterjugend in Hermdorf-Klosterlausitz, hat die Thüringische Regierung öffentliche Aufzüge und Ansprachen gegen die Republik und gegen den Frieden nach außen und im Innern zugelassen.

Entgegen ihrer Haltung bei Veranstaltungen von Anhängern der Republik hat es die Thüringische Regierung unterlassen, vorsorglich den notwendigen polizeilichen Schutz zur Verfügung zu halten. Nur der republikanisch eingestellten Bevölkerung ist es zu danken, daß die Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung angesichts des provozierenden Auftretens von Teilnehmern an den Veranstaltungen der Nationalsozialistischen Freiheitspartei nicht unabsehbare Folgen angenommen haben. Ohne Rücksicht auf den Verkehr wurde Ausstellung im Bahnhofgebäude — vor der Kartenausgabe — unter dem Kommando „In Reihen gehen, rechts um!“ vorgenommen. In Hitler- und sonstigen Uniformen, die oftmals von Reichswehruniformen kaum zu unterscheiden waren, traten die Demonstranten auf. Hitler-Offiziere, teilweise zu Pferde, mit gezücktem Degen, Mannschaften mit Lanzen ausgestattet und mit bemalten Stahlhelmen bedeckt, waren bei den Umzügen beteiligt. Weimar war beherrscht von den Nationalsozialistischen Kampftruppen. Nachts waren an allen Strohmäden des Stadtimmers Posten aufgestellt und die Straßen mit Patrouillen ausgefüllt. Provokationen der friedliebenden Bevölkerung fanden statt, insbesondere solche von Trägern der republikanischen Farben, wie auch der Abzeichen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Zurufe bezeichneten die Farben der Deutschen Republik mit Schwarz-Rot-Weiß oder Schwarz-Rot-Sch... In einem Falle wurde auch einem „mitgeleiteten Freunde“, wie ein nationalsozialistischer Redner die Kommunisten nannte, der Sowjetstern weggenommen und der „mitgeleitete Freund“ verprügelt. Als ein Polizeibeamter mit dem Verprügelten und drei Zeugen zur Feststellung der Täter in das Hauptquartier der Nationalsozialistischen Freiheitspartei ging, wohin sich die Täter begeben hatten, schlugen die nationalsozialistischen Helfer auf die vier im Beisein des Polizeibeamten ein und warfen sie aus dem Lokal. Einigen Kindern wurden schwarzrotgoldene Fahnen oder Abzeichen in den Farben der Republik von Nationalsozialisten mit Gewalt entzogen. In einem Fall wurde ein Junge bei der gewaltsamen Wegnahme einer Fahne an der Hand verletzt, seine Fahne von dem Hakenkreuzkulturtäger zerrissen und fortgeworfen.

Am 16. August abends in der achten Stunde erfolgte auf offener Straße ein Ueberfall auf Mitglieder des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, die an ihrem Abzeichen kenntlich waren, durch eine größere Zahl Nationalsozialisten. Die Ueberfallenen waren wie andere Teile der Bevölkerung harmlose Spaziergänger in Weimarer Straßen und waren wiederholt wegen ihrer Abzeichen angepöbeln worden, ohne darauf zu reagieren. Mit dem Ruf „Armbinden, Abzeichen herunter! Ihr schwarzrotgelben Hundel!“ umstellten die Straßenräuber die Ueberfallenen und wurden handgreiflich. Zwei der Ueberfallenen wurden mißhandelt bis sie bewußtlos zusammenbrachen. Einem der Niedergelagerten, der knüttelüberfüllt zusammengebrochen war, wurde der Inhalt seiner Taschen mit seinem gesamten Bargeld geraubt.

Hakenkreuzlerinvasion in Weimar.

O. KOESTER



Schiller: „Was haben Sie vor, Herr Geheimberater!“

Goethe: „Ich möchte Weimar für ein paar Tage verlassen, lieber Herr Kollege. Dunkles Haar, schwarze Augen, in der Judenstadt Frankfurt geboren und kosmopolitische Gesinnung — da könnte ich mir leicht eine Denkmalsbeschädigung zuziehen!“

Am 16. August gegen 8 Uhr abends drangen mehrere Hitlergardisten in das Volkshaus ein. Bereits im Vorraum gab einer der Eindringlinge einen Schuß ab. Im Saalraum wurde ein Mitglied der Volkshausgesellschaft auf seine Frage, was hier vorgehe, von vier bis fünf Mann, die Schußwaffen gegen ihn richteten, umringt. Andere Hitlerleute, die eingedrungen waren, schossen nach einem Arbeiter, der sich im Lokal befand. Nur dadurch, daß dem Schützen ein Stoß gegeben wurde und der Arbeiter sich auf den Boden warf, hat der Schuß sein Ziel verfehlt. Die Eindringlinge schleppten darauf den Arbeiter aus dem Saalraum und schlugen ihn mit Gummiknüppeln, bis er bewußtlos zusammenbrach, so daß der Führer des Ueberfallkommandos äußerte: „Der hat genug, der ist erledigt.“ Bei einem zweiten Ansturm wurde blindlings ein Schuß in das Lokal abgegeben. In der Zwischenzeit hatten drei bis vier Hitlerleute einen Arbeiter mit gezücktem Dolche auf der Straße überfallen. Als der Arbeiter in das Volkshaus flüchtete, schlugen und stachen die Randys auf ihn ein; er wurde durch drei Messerstiche verletzt und mußte sich in ärztliche Behandlung begeben.

Wenn auch die inzwischen herbeigeholte Polizei dem Treiben der Hitlergardisten ein Ende bereite und die Entlassung des Ueberfallkommandos vornahm, so lehnte aber jede der zuständigen Behörden die Entwaffnung aller bewaffneten Teilnehmer an der Tagung der Nationalsozialistischen Freiheitspartei und an dem sogenannten Tag des deutschen Kulturbekennnisses ab.

Daß versucht worden ist, am Deutschen Nationaltheater wohl zum Dank für die Förderung der Veranstaltungen durch die Thüringische Regierung die Verfassungsgedenktafel zu entfernen, soll nicht unerwähnt bleiben. Gewiß ist die Verfassungs-

gedenktafel nicht in Einklang zu bringen mit den Symbolen der Nationalsozialistischen Freiheitspartei, denn wie ein Hohn auf die Republik mußte es anmuten, daß die Schmückung des Deutschen Nationaltheaters — innen und außen — mit Hakenkreuzfahnen und Hakenkreuzemblemern erfolgen konnte.

Der Höhepunkt der sogenannten Tage des deutschen Kulturbekennnisses dürfte unstrittig dadurch erreicht worden sein, daß der thüringische nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Dr. Dinter in einer Rede vor dem Deutschen Nationaltheater unter dem Schutze oder der Hülfschweigenden Duldung der Thüringischen Regierung nach der „Allgemeinen Thüringischen Landeszeitung Deutschland“ ausführte:

„Ich klage hier an der Seite des größten deutschen Feldherrn (Ludendorff) die gegenwärtige Reichsregierung des Volks- und Hochverrats an! Sie gehören an den Galgen! Wir wollen, daß dieser Volks- und Vaterlandsverrat vor dem Staatsgerichtshof abgeurteilt wird. Unsere Geduld ist erschöpft. Ich fordere sämtliche Anwesende auf, mit mir die Hand zum Schwure zu erheben (alle Anwesende erheben die rechte Hand): Wir schwören, unserem Führer Ludendorff, wenn er uns ruft, zu folgen bis in den Tod, und nicht eher zu rasten, bis die Novemberverbrecher ihrer Strafe vor dem Staatsgerichtshof zugeführt sind.“

Herr Reichsminister! Ich habe mich, angesichts meiner Auffassung, daß die Veranstaltungen der Nationalsozialistischen Freiheitspartei in Weimar ein Vorwärts- und Rückwärtstragen der „Deutschen Tage“, d. h. der Manöver zur Vorbereitung des Bürgerkrieges gegen die Republik, bedeuten, veranlaßt gesehen, Sie von den Vorgängen in Kenntnis zu setzen. Ich darf wohl erwarten, daß Sie mit derselben Schärfe der Reichsverfassung Geltung verschaffen, wie Sie

dies gegenüber der vorigen Thüringischen Regierung — allerdings ohne Grund — beabsichtigt haben.

Ich bitte, mir von Ihren Maßnahmen Kenntnis zu geben; ich werde Ihnen dann das mir vorliegende Material an Zeugnisaussagen zugänglich machen.

Mit der Versicherung meiner vorzüglichen Hochachtung
gez.: August Frölich, M. d. R.

Der Vorstand der Fraktion der SPD. des Thüringischen Landtags hat sich in einer Sitzung mit den Vorkommnissen beschäftigt, die sich während der Tagung des Nationalsozialistischen Parteitages und des sogenannten Deutschen Tages in Weimar abgespielt haben. Der Fraktionsvorstand war einmütig der Auffassung, daß der Landtag unbedingt sofort einberufen werden muß, um zu den skandalösen Vorkommnissen Stellung zu nehmen. Auch die Stellungnahme der von Dinters Gnaden abhängigen Leutheusser-Sattler-Regierung zu dieser Veranstaltung bedarf dringend der Klärung. Gleichzeitig mit dem Antrag auf Einberufung des Landtags bringt die Land-

tagsfraktion der SPD. eine Interpellation ein, die sich mit den Vorfällen beschäftigt und die in der ersten Sitzung des Landtags auf die Tagesordnung gesetzt werden soll.

Nach § 13 der Verfassung des Landes Thüringen muß der Landtag einberufen werden, wenn mindestens ein Drittel der gesetzlichen Zahl der Abgeordneten dies verlangt. Da der Thüringer Landtag 72 Abgeordnete zählt, so müssen mindestens 24 Abgeordnete den Antrag auf Einberufung des Landtags unterstützen. Die Fraktion der SPD. zählt jedoch nur 17 Abgeordnete. Der Fraktionsvorstand der SPD. hat daher beschlossen, allen übrigen Fraktionen des Thüringer Landtags, mit Ausnahme der Fraktion der Volkischen, von seinem Vorhaben Kenntnis zu geben. Wir müssen es diesen Fraktionen überlassen, ob sie ihrerseits unseren Antrag unterstützen wollen oder ob sie selbständig einen Antrag auf Einberufung des Landtags stellen wollen. Wir sind überzeugt, daß der Präsident des Thüringer Landtags allein dem Antrag der Fraktion der SPD. nicht stattgeben und den Landtag einberufen wird.

plan unserer Kriegsschuld, möglichst baldige Freigabe des Dawes-Pfandes und schnellere Räumung der laut Friedensvertrag befreiten deutschen Gebiete nach Maßgabe der Mobilisierung der deutschen Schuld oder der zu vereinbarenden Handelsverträge.

2. Die Fugage des Dawes-Berichts, daß die Lebenshaltung unserer breiten Massen nicht unter dem Lebensstandard wichtiger Ententestaaten sinken soll, muß zur Aufgabe des Transferkomitees gemacht werden, insbesondere auch im Hinblick auf Arbeitszeit und Arbeitslohn.

3. In der Frage der Transferierung ist die bisherige rein juristische Behandlung der Angelegenheit zu ergänzen durch wirtschaftliche Lösungen. Insbesondere ist die Abtragung der deutschen Leistungen durch Sachleistungen (Wiederaufnahme des Gebankens Rathenaus: Brachliegende deutsche Arbeitskraft zur Abtragung der deutschen Kriegsschuld zu verwenden). Dabei ist Vorsorge zu treffen,

a) daß nicht die normale Handelsausfuhr geschädigt, sondern zusätzliche Ausfuhr geschaffen wird;
b) daß für diese zusätzliche Ausfuhr konstruktive Arbeit durch großzügige, mit den Ententestaaten zusammen auszuführende Bauten und Großlieferungsaufträge geschaffen werden. Auch sollten gegenseitige Handelsverträge auf die Kriegsschuld angerechnet werden.

4. Bisher sind alle Komitees zur Durchführung des Dawes-Gutachtens, abgesehen von Beamten, deutscherseits einseitig mit Arbeitgebervertretern besetzt worden. Da das deutsche Arbeitsverhältnis durch Arbeits- und Verbrauchsbelastung an der Durchführung ausschlaggebend beteiligt ist, verlangt es die Gerechtigkeit, daß seine Vertrauensleute an den sämtlichen Komitees und Organisationen ebenfalls beteiligt werden.

Eine Ablehnung der Londoner Beschlüsse durch irgendeine verantwortungsbewußte Partei ist eigentlich undenkbar. Am stärksten an der Annahme ist aber das industrielle Unternehmertum interessiert, seine heutige Belastung ist groß, seine künftige weit kleiner. Bei der Lastenverteilung werden die Arbeitnehmer und Verbraucher bei der jetzigen Zusammenlegung des Reichstages schwerlich viel erreichen können. Der Versuch, etwa durch Eintritt der Voten in die Regierung etwas zu erreichen ohne absolute vorherige gesetzliche Festlegung nicht des Programms, sondern der Ausführung, scheitert nach den Erfahrungen bei der Zwangsanleihe und der großen Koalition. Dagegen rät er für den Fall des Scheiterns eines solchen Versuches zu einem Volksentscheid über die Lastenverteilung. Dessen Ausfall könne kaum zweifelhaft sein, und er werde den Reichstag verfassungsmäßig binden. Für solchen Volksentscheid schlägt er einen Rahmengesetzentwurf vor, der vorliegt:

1. Herabsetzung der Umsatzsteuer bis auf 1/2 Proz.
2. Deckung dieses Steuerausfalls und der Reparationen auf folgende Weise:

a) Aufstellung eines Reparationsetats, in dem auch die Aufbringung durch Eisenbahnlasten enthalten ist;
b) von diesen Lasten sollen Verbrauch und Verkehr höchstens 50 Proz. aufbringen, die anderen 50 Proz. werden aufgebracht

1. durch Erhöhung der Erbschaftsteuer bis zu vierfacher Höhe 200 bis 250 Millionen Goldmark jährlich;

2. Belastung der landwirtschaftlichen Sachwerte unter Freilassung der Kleinbetriebe, in den ersten beiden Jahren 100, in den folgenden Jahren 300 Millionen Goldmark jährlich;

3. Während der beiden Schonjahre: Besteuerung der Geldwertungsgewinne, insbesondere der Entwertung von Schuldsummen, für zwei Jahre zusammen 500 Millionen Goldmark;

4. Sondersteuer für Einkommen über 20000 Goldmark jährlich, insgesamt 100 Millionen Goldmark jährlich;

5. Industriebelastung laut Dawes-Gutachten 300 Millionen Goldmark jährlich;

6. das Tabakhandelsmonopol laut Dawes-Bericht, Gesamtertrag gemäß Sachverständigengutachten 850 Millionen Goldmark jährlich (einschließlich Tabaksteuer);

7. ein etwa verbleibender Rest ist aufzubringen durch Sonderzuschläge zur Vermögenssteuer.

Ergänzend muß eine Wirtschaftspolitik hinzutreten, die die landwirtschaftliche Produktionsförderung nicht durch Schutzzölle, sondern durch Verbilligung der landwirtschaftlichen Produktionsmittel erstrebt. Verbilligung der Warenvermittlung, insbesondere auch durch Begünstigung der Genossenschaften. Steigerung der Inlandersparnis und Druck auf weitgehende Rationalisierung der Produktion, damit die Steigerung der deutschen Produktion nicht durch Lohnverfälschung und Arbeitszeitausdehnung, sondern durch Besserung des technischen Apparates möglichst weitgehend erzielt würde. Nur so könne die Abtragung der schweren Kriegsschuld ohne allzu schweren Druck auf die Volksmassen versucht, ihr Ergebnis vielleicht eine Verbesserung unseres volkswirtschaftlichen Arbeitsapparates und damit einen Verpöpfung und Dauererfolg wenigstens für eine glücklichere kommende Zeit werden.

Der Kampf um die Reparationslast.

Vor den Funktionären und Betriebs- und Angestelltenräten der UFA hielt Staatssekretär z. D. Professor Dr. Hirsch einen Vortrag über das Sachverständigengutachten, in dem er auch zu den Ergebnissen der Londoner Verhandlungen und zur Taktik bei dem kommenden Kampf um die Verteilung der Lasten aus dem Dawes-Gutachten Stellung nahm.

Professor Hirsch ging dabei von dem Unterschied zwischen der ersten Londoner Konferenz aus, die im Februar 1921 von dem damaligen der Deutschen Volkspartei nahestehenden Außenminister Simons geführt wurde und der jetzigen zweiten Konferenz, die von dem Führer der Deutschen Volkspartei als Außenminister geleitet wurde. Er zeigte, wie die gleichen Kräfte, die jetzt eine Belastung von immerhin 2 1/2 Milliarden Goldmark und eine nicht unbedeutende Einschränkung der deutschen Souveränität gutheißen mußten, einstmalig solche oder auch nur ähnliche Lasten für gänzlich untragbar, die Ruhrbesetzung für unmahrscheinlich und auf die Dauer überhaupt nicht durchführbar bezeichnet hatten, und wie sie so das deutsche Volk in das Unglück der Nichterfüllungspolitik, der Inflation und — die Gewaltpolitik Poincarés ungewollt stehend — zuletzt des Ruhrkampfes mit seinen unsäglichen Leiden hineingeführt haben. Nachdem dieselben Kräfte November 1923 die Ricum-Berträge unterschrieben haben, nachdem insbesondere Namen wie Stinnes, Thyssen, Klöckner und Böglner unter der Gratisbelieferung von 27 bis 35 Proz. der Ruhrkohlenförderung standen, unterstützen sie jetzt auch die verschiedenen Angebote der Regierung Cuno, auf die sich das Dawes-Gutachten im wesentlichen stützt. Nach Auffassung des Redners sei der Beweggrund für Frankreich, das Dawes-Gutachten anzunehmen, einerseits die Tatsache, daß die Ruhrbesetzung uns zwar außerordentlich schädige, der französischen Wirtschaft aber nicht entsprechende Vorteile bringe. Vielmehr sei die Stabilität des französischen Frank nur dann gesichert, wenn hinter den 60 Milliarden von „Bons der nationalen Verteidigung“, zu denen noch manche Anleihe treten müsse, eine Stütze durch Verkauf deutscher Eisenbahn- und Industrieobligationen stehe. Nach heutigem Wert betragen die an Frankreich fallenden Bons etwa 40 Milliarden Frank. Darüber hinaus sei aber in Frankreich der allgemeine Wille zum Frieden fraglos gewachsen.

Ricum-System oder Vertrag?

Für Deutschland sei das Ricum-System völlig untraglich. Es entziehe der deutschen Wirtschaft durch direkte Entnahmen und durch den abschneidenden Druck auf die Wirtschaft mehr wirtschaftliche Kraft als das Dawes-Gutachten selbst bei voller Auswirkung. Die Wirkung des Ricum-Systems, verstärkt durch andere Umstände, insbesondere die Umsatzsteuer und die völlige Falschorganisation unserer Industrie, Handels- und Bankwirtschaft führe zur Verteuerung unserer Warenpreise, damit zur Hemmung unseres Exports, zur Tieferhaltung der Löhne, zu Kapitalausblutung und zu sozialen Zuständen, wie wir sie im Bergarbeiterstreik erlebt haben.

Deshalb sei die Annahme des Gutachtens durch Deutschland selbstverständlich und gerade die Unternehmerkreise, die sich angeblich noch sperren, täten das aller Vermutung nach lediglich aus furer Politik: Sie hätten sich bereits ihre Zustimmung durch die Zollsportage ziemlich teuer abkaufen lassen und wollten offenbar noch etwas mehr herausholen. In Wirklichkeit sei schon mit Rücksicht auf die zu befreienden Gebiete eine Ablehnung des Londoner Abkommens seitens verantwortlicher Parteien wenig wahrscheinlich.

Von der Annahme dürfe man sich aber auch nicht gleich goldene Berge versprechen. Gemäß werde eine gewisse Erleichterung in erster Zeit eintreten und sei bereits spürbar. Aber sowohl die Wirkung

der 800-Millionen-Anleihe wie der erwartete Auslandskredit werde deswegen vielfach überschätzt, weil sie weitgehend vorgegebenes Brot seien. Wichtiger sei der bald zu erwartende Wegfall der Ricum-Lasten und der Hemmungen unserer Wirtschaft und der im Januar nächsten Jahres zu erwartende Wegfall der „einseitigen Meistbegünstigung“, der späte Erfolg deutscher Arbeit zu Genua. Er warne aber noch einmal davor, zu erwarten, daß der krisenhafte Zustand unserer Wirtschaft dadurch allein entscheidend beeinflusst werden könne. Wir müssen durch die Vereinigungskrise hindurch, die sich als Kreditnot und leider auch als verschärfte Arbeitslosigkeit schon jetzt zeigt, um die Zielsetzungen in Handel und Bankwesen endlich auszufechten. Auch dann schaffe der Zustand des Dawes-Berichts kein goldenes Zeitalter, insbesondere auch nicht für die deutschen Arbeitnehmer. Professor Hirsch legte im einzelnen dar, daß die Last des Dawes-Berichts schwerer sei als angenommen, daß der Bericht eine wirtschaftliche Ungerechtigkeit deswegen enthält, weil er Teile des deutschen Vermögens abverkaufe, ohne noch die Schuld als Ganzes zu bestimmen; ferner daß die deutsche Wirtschaftspolitik, insbesondere die Eisenbahn- und Zinspolitik der Hand der deutschen Regierung entgleitet und in die Hand des Transfer-Komitees weitgehend übergeht und endlich, weil der Bericht von den Lasten der Reparationen nur ein Achtel auf den Besitz, sieben Achtel aber auf den Verbrauch legt.

Der deutsche Erfolg in London.

Das Ergebnis der Verhandlungen in London sieht Professor Hirsch in erster Linie in der weitgehenden politischen Erleichterung durch die Räumung, freilich nicht etwa als Erfolg der deutsch-völkischen oder deutschnationalen Gemallogation und auch kaum allein als Erfolg des Ministeriums Stresemann, das vielmehr nach seiner Auffassung um eine Nebenfrage, nämlich diejenige der Industrieobligationen, viel wertvolle Zeit und noch viel mehr wertvolle Stimmung in Frankreich verloren hat, als eben in dem Ausfall der französischen Wahlen vom 11. Mai, die von den französischen Siegerparteiern ganz hauptsächlich mit der Parole der Ruhräumung geführt worden sind. Immerhin, gegenüber den Methoden Poincarés sind die zugesicherte Ruhräumung, die Amnestierung und der Wegfall der Eisenbahnfrage fraglos ein Erfolg der friedensfreundlichen Strömungen in Europa und auch in Frankreich, die jedenfalls durch gewisse übernationalistische Strömungen in Deutschland nicht gestärkt, sondern in mehreren Momenten bedenklich geschwächt worden sind.

In wirtschaftlicher Hinsicht sind die Erfolge weniger bedeutsam. Das Wichtigste ist vielleicht ein Negatives: die Freiheit unserer Handelspolitik, die in London anscheinend bedroht war. Einige Rückschritte gegenüber dem Dawes-Gutachten zeigt die Reoelung der Transferfrage. Unschöne Äußerungen aus Deutschland, die auf einen schlechten Willen mancher Kreise in der Transferfrage schließen lassen, haben uns eine neue Verpflichtung für einige Verfügungen über die Fristen des Friedensvertrages hinaus gebracht. Im übrigen könnte die Transferfrage im beiderseitigen Interesse dann günstiger geregelt werden, wenn man sich entschließen wollte, von der rein juristischen Behandlung der Frage, die bisher obgewallt hat, zu größeren wirtschaftlichen Lösungen überzugehen und dabei zusätzliche Ausfuhr für Deutschland durch großzügige Abkommen mit den Vertragsgegnern und dritten Ländern zu schaffen. In sozialpolitischer Hinsicht sei eine Verbesserung der Mängel des Dawes-Gutachtens nicht eingetreten, ja, in London anscheinend nicht einmal versucht worden. So kommt Staatssekretär Hirsch zu folgenden

Forderungen zur Reparationserledigung:

Außenpolitisch fordert er wiederholt
1. baldigste Gesamtfestsetzung und Abtragung

Nur 6 Tage Billiger Verkauf von Wasch- u. Arbeitsanzügen Nur 6 Tage

Herren-Pilot-Kosen 4⁹⁰
gute feste Ware. 5,80
Herren-Manchester-Kosen 9⁵⁰
11,50
Herren-Kosen 5⁹⁰
feldgrau Tuch
Herren-Breeches-Kosen 6²⁵
Manchester 11,75 grau Tuch
Herren-Breeches-Kosen 7⁷⁵
aus guten Stoffen
Herren-Breeches-Kosen 10⁵⁰
prima Cord, grau und mode

Gestreifte Herren-Kosen 4⁷⁵
hübsche moderne Streifen . 11,75, 6,80
Herren-Sommer-Anzüge 12⁵⁰
Joppe und Hose
Herren-Leinen-Kosen 3⁷⁵
Herren-Leinen-Joppen 4⁷⁵
5,50, 5,25
Kaki-Joppen 6⁵⁰
7,50
Kaki-Kosen 5⁷⁵
6,75

Burschen-Wasch-Anzüge 11⁰⁰
11,75
Herren-Kaki-Anzüge 11⁵⁰
Burschen-Windjacken 8⁵⁰
feste Ware. 10,75, 10,50
Herren-Windjacken 9⁷⁵
feste Ware. n.—
Maler-Kittel 5⁷⁵
aus prima Nessel 6,40

265 Ein Posten Bettwäsche, gewaschen und desinfiziert 265
Ein Deckbett und ein Kopfkissen



Kleider-Vertrieb

G. m. b. H.

Kommandantenstraße 80-81
2. Verkaufsst.: Osten, Warschauer Str. 33. 3. Verkaufsst.: Lichtnerberg, Frankfurter Allee 82. 4. Verkaufsst.: Neukölln, Berliner Str. 47-48, Eing. Boddinstr. 5. Verkaufsst.: Norden, Müllerstr. 181

